

Liebe Freundinnen und Freunde in pax christi, liebe Leserinnen und Leser,

in den letzten Wochen und Tagen hat es mir immer wieder die Zornesröte ins Gesicht getrieben, da packte mich der heilige Zorn, wenn ich über die Medien - Fernsehen, Radio oder Zeitungen - über die scheinbar aktuellen Ereignisse lokaler oder globaler Natur informiert wurde:

➤ Da war der griechische Finanzminister Varoufakis auf der Titelseite der Koblenzer Rheinzeitung vom 01.07.2015 zu sehen. Sein Bild – er hob die rechte Hand geballt in Kopfhöhe und schaute grimmig in die Kamera. Daneben in gleicher Größe titelte die Rheinzeitung: „Griechenland droht, pokert und bittet um Hilfe.“ Die mediale Inszenierung bedarf sicher keiner weiteren Kommentierung, hier ist schon deutlich zu sehen, dass dieser griechische Minister der Böse ist...

➤ Da darf in einer Talk-Sendung der Moderator behaupten, dass dieser Minister den Stinkefinger in einer Fernsehsendung gezeigt hat, ohne dass einer der anwesenden Politiker und Journalisten offen widersprach. Dabei ist es inzwischen völlig klar, dass dieser Stinkefinger von einem kreativen Graphiker dem griechischen Minister angedichtet wurde; der Graphiker hat seine Manipulation vor Wochen schon eingestanden.

➤ Da werden die verheerenden Folgen der Finanzkrise in Griechenland in der medialen Berichterstattung unterschlagen: Eine stark angestiegene Suizidrate, eine erhöhte Kindersterblichkeit, eine Reduzierung der medikamentösen Behandlungen bei krebserkrankten Frauen (bis zur totalen Verweigerung), einem erhöhten Anstieg der Obdachlosigkeit, eine enorm hohe Arbeitslosigkeit, ein Perspektivlosigkeit junger Menschen, eine Reduzierung der Altersrenten u.v.a.m.. Da steht fast ausschließlich das Geld, das Kapital im Blick. Ihm allein wird alles auch in Griechenland geopfert. Barmherzigkeit ist auch dem deutschen Finanzminister ein Unwort. Kommt dabei nicht das Wort des Papstes Franziskus in den Blick? „Diese Wirtschaft tötet!“

➤ Da verkünden die „Hohenpriester“ der Fernsehnachrichten-Sendungen eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit, ohne die geänderten Kategorien in der Arbeitslosenstatistik zu erwähnen, ohne nur einen Blick auf die prekären Arbeitsverhältnisse und die vielfach befristeten Arbeitsverträge, ohne z. B. die Metallindustrie zu fokussieren, wo jeder 10. Arbeitsplatz ein Leiharbeiterverhältnis ist mit einem 40-prozentigen Lohnkürzung im Verhältnis zu den fest angestellten Mitarbeitern, ohne zu ver-

balisieren, dass vielfach ein Job zur finanziellen Absicherung einer Kleinfamilie nicht ausreichend ist. Da wird der Mindestlohn als eine soziale Errungenschaft gepriesen, obwohl er viele Ausnahmen zulässt, also löchrig ist wie ein Schweizer Käse. Ist diese soziale bundesdeutsche Szenerie nicht ein Skandal? Auch hier wird auf dem Altar des Goldenen Kalbes, dem Kapital jedes Opfer gebracht. Vor allem, wenn nach dieser „Erfolgsmeldung“ der Blick den Börsen und dem DAX gewidmet wird.

➤ Da werden die enormen Flüchtlingsströme aus dem Nahen Osten und den unterschiedlichen Regionen Afrikas in den Fokus genommen und die Schlepper, die die Migranten über das Mittelmeer bringen, als die Bösen, als die Schuldigen apostrophiert. Nur, mit keinem Wort werden die Ursachen für diese Migration verdeutlicht. Da gibt es zum Beispiel junge Leute in Eritrea, die sich in einer christlichen Kirche versammeln und vor Gott geloben, ihr Land zu verlassen, um im reichen Europa ihre Familie finanziell zu unterstützen. Und was geschieht mit ihnen bei uns? Sie werden vielfach gedemütigt und eine Arbeit oder Beschäftigung wird ihnen verweigert. Häufig gibt es offenbar für diese Menschen nur einen Ausweg: Suizid. Und wiederum scheint der Papst unsere globale Situation korrekt benannt zu haben: „Diese Wirtschaft tötet!“

Die Liste dieser skandalösen Berichterstattung könnte mit weiteren lokalen und globalen Ereignissen leicht erweitert werden. Zu fragen ist jedoch, wie ist diese unkritische, manipulative und scheinbar regierungstreue journalistische Arbeit zu verstehen? Was bewegt diese Akteure, was treibt sie um? Haben sie eine distanzierte, kritische journalistische Sichtweise verloren, was trübt ihren Blick? Hat das Goldene Kalb sie geblendet? Sind sie Opfer oder Täter unseres Wirtschaftssystem, das – wie es die Ordensleute für den Frieden in Frankfurt nennen – „über Leichen geht?“ Und wie können wir unser in dieser Gemengelage informieren, wie können und sollen wir mit dieser glatten und platten Berichterstattung umgehen? Was könnte für uns hilfreich sein? Fragen über Fragen, mehr Fragen als Antworten. Vielleicht werden wir auf der diesjährigen Bistumsversammlung vom 25.9. bis 27.9.2015 in Trier mit diesem Fragenkomplex auseinandersetzen können. Leider statt bei Redaktionsschluss noch nicht fest, ob ein Mitarbeiter der „Nachdenkseiten, der kritischen Website“ zu unserer Verfügung stehen wird. Wir werden Sie/ Dich noch rechtzeitig über das Schwerpunktthema informieren.

Einladen darf ich aber schon heute zu einer eintägigen Veranstaltung zum Thema „Antisemitismus“ am 12.12.2015 in Trier. Referent wird der emeritierte Professor Micha Brumlik sein. Wir haben diese Tagung nochmals in den Fokus genommen, weil die Veranstaltung im Frühjahr 2015 in Kassel - Veranstalter war der Vorstand der Deutschen Sektion von pax christi – sehr unbefriedigend verlaufen ist. Herr Professor Brumlik konnte damals nicht teilnehmen. Wir hoffen, dass wir uns ausführlich mit dieser facettenreichen Problematik beschäftigen können. Meine Bitte an Dich/Sie: Den Termin schon heute zu notieren. Eine besondere Einladung ergeht noch.

Wie auch immer: Lassen wir uns nicht verunsichern. Wir können und wollen uns weiterhin an den Fragen des Reiches Gottes hier auf Erden und seiner Gerechtigkeit orientieren.

Euch/ Ihnen allen eine schöne – angenehme und erholsame Sommerzeit.

Mit herzlichen Grüßen

Egbert Wisser

Hinweise

Veranstaltungen der Bistumsstelle

25.-27.09. Bistumsversammlung in der Villa Reverchon

25.09. Politisches Nachtgebet in St. Antonius – 20 Uhr

26.09. Studienthema und Gottesdienst

27.09. Bistumsversammlung

Beginn am 25.: 18:00 Uhr Ende am 27.: 13:00 Uhr

12.12. Studientag mit Micha Brumlik zum Thema Antisemitismus im Haus Fetzenreich

Beginn: 11:00 Uhr Ende: 15.30 Uhr

„**Kunst trifft Krise**“ lautet eine Veranstaltungsreihe im Atelier Andruet, Bilsdorfer Straße 28, Saarwellingen. Termin 20.Juli , 19.30 -21:00 Uhr. Es gibt verschiedene Wege, einen ersten Zugang zu den kaum ‚verdau-lichen‘ Themen der vielen weltweiten Krisen (Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Klimakatastrophe, Kriege, Sinn- und Gotteskrise ...) zu finden. Die Kunst in Form der Malerei bietet einen solchen Weg. Das Atelier ANDRUET, das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar und Pax Christi Saar - halten es für unerlässlich, sich mit der Krise des Kapitalismus und seinen lokalen und globalen Auswirkungen zu befassen und Menschen auch verschiedene Zugänge dazu anzubieten; es werden ausgewählt ein Bild von Mario Andruet und ein Text von Robert Kurz, daran schließt sich die Diskussion an.

Ökumenischer Pilgerweg zur Weltklimakonferenz 2015 von Flensburg nach Paris vom **13.09.2015 - 06.12.2015**: in der Zielsetzung heißt es: Die „Option für die Armen“ ist Kern des biblischen Gerechtigkeitsverständnisses. So sind wir aufgrund unseres biblischen Zeugnis-ses dazu aufgerufen, unsere Stimme für die Schwächsten und Ver-wundbarsten in unserer Weltgemeinschaft zu erheben. Denn „die Opfer des Klimawandels sind die neue Gestalt der Armen, Witwen und Fremden, denen besonders die Liebe und Fürsorge Gottes gilt.“ (Deuteronomium 10,17-18) Mit diesem Pilgerweg zur Weltklima-konferenz nach Paris 2015 möchten wir auf die globalen Dimensionen des Klimawandels aufmerksam machen und den Diskurs um Gerech-tigkeitsfragen (Verteilungsgerechtigkeit; Lastenausgleich) weiter voran-treiben. Die Dringlichkeit, dass unser politisches, aber auch unser persönliches Handeln Auswirkungen auf Gesellschaften des globalen Südens hat, wollen wir mit Stimmen und Erfahrungsberichten aus dem Süden verstärken.

Da der Weg durch unser Bistum geht, laden wir herzlich ein, sich unterwegs anzuschließen. Der Pilgerweg geht vom 01.-12.12. durch unser Bistum beginnend in Remagen bis nach Perl. Auf der Webseite des Bistums Trier findet man zum Pilgerweg nähere Informationen. Für die Etappen am 07. und 08.11. ist Joachim Willmann (pax christi Wittlich) verantwortlich.

150 Teilnehmer nahmen am **Ostermarsch in Saarbrücken** teil: Das Motto der diesjährigen Veranstaltung des FriedensNetzes Saar lautete „Die Waffen nieder!“. Das Friedensnetzwerk aus mehreren Organisationen plädierte damit 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten

Weltkriegs für mehr Friedensverhandlungen und die Einstellung von Waffenexporten.

Bei einer **Protestveranstaltung gegen das Freihandelsabkommen TTIP** am 18.04.2015 auf dem Kornmarkt (vgl. Vorderseite) war pax christi mit einem Statement und am Informationsstand vertreten. Albert Hohmann verdeutlichte die Positionen unseres Arbeitspapiers. (vgl. Bild)

pax christi Saar hielt am **8. Mai in Saarbrücken eine Mahnwache** zum 70. Jahrestag der Befreiung unter dem Motto „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“. (vgl. Bild)

Die Nacht der Kirchen mit über 300 Teilnehmern - Pfingsten 2015 in St. Michael, Körprich – stand unter dem Thema: „**Ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen.**“ Es sollten Brücken zu den Flüchtlingen gebaut werden. pax christi Saar war mit Bildern von Mario Andruet und einem Info-Stand präsent. (vgl. Bild)

Im **Sozialforum Koblenz** gab es Veranstaltungen zu „Wie können Flüchtlinge unterstützt werden? - Initiativen stellen sich vor“ und eine „Einführung in die die kritische Psychologie“.

Vertreter des Ökumenischen Netzes, von KAB und pax christi haben sich einige Male getroffen, um Möglichkeiten der Kooperation und von gemeinsamen Aktionen zu erörtern. Ein erstes Ergebnis ist ein Statement unter dem Titel „Perspektivenwechsel aus der Freude des Evangeliums“. Zum Inhalt kann man in diesem Heft die Auszüge aus der schon vergriffenen Broschüre „Perspektivenwechsel!?“ und den Abschnitt aus dem diesjährigen Kreuzweg in Koblenz vergleichen. Es soll an die Synodalen und kirchliche Amtsträger und Mitarbeiter geschickt werden.

Pegida und Anti-Pegida greifen zu kurz

Wir drucken hier Veröffentlichungen des Vorstandes ab: das Diskussionspapier vom 18.03.2015 und das zu TTIP vom 15.04.2015. Es schließt sich der Brief an die Bundeskanzlerin über den europäischen Umgang mit den Flüchtlingen an. Eine Antwort liegt bisher nicht vor.

Ausdrücklich weisen wir darauf hin, dass die drei Stellungnahmen inhaltlich zusammenhängen. Auch wenn zurzeit bei der Rettung der

Flüchtlinge im Mittelmeer Fortschritte erzielt werden und Staaten der EU sich aktiv daran beteiligen, ist in der Union noch kein wirklicher Sinneswandel eingetreten, wie die zähen Verhandlungen über die Aufnahme in den einzelnen Ländern zeigen. Wie dünn die Eisdecke in Deutschland bei den Einstellungen gegenüber den Flüchtlingen beziehungsweise Fremden ist, zeigen die Vorfälle bei der Bundespolizei in Hannover. Das Thema Fluchtursachen spielt bei den politischen Diskussionen zu den Verhandlungen über TTIP faktisch keine Rolle, obwohl die negativen Folgen einer derartigen Vereinbarung für den afrikanischen Kontinent auf der Hand liegen.

In dem Aufruf zur Demonstration »Trier für Alle« am 26.01.2015, die sich von Pegida und anderen „Gidas“ absetzen will, heißt es: „Es gibt viele gute Gründe auf die Straße zu gehen und lautstark zu protestieren: Steigende Mieten, stagnierende Löhne und immer stärkerer Druck in Arbeit, Ausbildung und Ämtern. Menschen weltweit erleiden Unterdrückung, Diskriminierung, Krieg, Terror, Verfolgung, Ausbeutung, Armut, Hunger, fortschreitende Umweltzerstörung... Viele sind gezwungen zu fliehen. Gegen all das müssen wir gemeinsam aufstehen und kämpfen!“

Damit ist klar formuliert, dass bei einem Absetzen von der Pegida-Bewegung nicht darum gehen kann, den Protest gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse zu diskreditieren. Entscheidend ist vielmehr, in welchen Horizont der berechtigte Protest gesetzt wird. Offensichtlich ist er in Dresden und entsprechend an anderen Orten mit rechtsextremen und fremdenfeindlichen Haltungen unterlegt. Nicht zuletzt wird das schon in der Selbstbezeichnung dieser Bewegung dokumentiert: „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida).

Hier wird auf die diffuse Vorstellung vom „Abendland“ zurückgegriffen, die im vorigen Jahrhundert durch Oswald Spenglers Buch „Der Untergang des Abendlandes“ eine Prägung erhielt, dass dieser hohe Wert bedroht sei. In diesem Zusammenhang soll nicht verschwiegen werden, dass Martin Heidegger Adolf Hitler als die Person einschätzte, „der allein zuzutrauen ist, das Abendland zu retten“(Marion Heinz). Das Thema Abendland wurde nach dem 2. Weltkrieg vor allem in konservativen Kreisen gepflegt und mit dem Antikommunismus verbunden. Florian Finkbeiner führt aus: „Die Rückbesinnung auf eine positiv konnotierte Tradition des Abendlandes dient gerade in Zeiten einer unbestimmten, aber intensiv wahrgenommenen Krise als Antwort auf die Herausforderungen

des gesellschaftlichen Wandels für die individuelle und kollektive Identität. Es ist dabei unerheblich, dass der einer Krise gegenüber gestellte vermeintliche historische Idealzustand weitgehend unkonkret bleibt, fungiert die Bezugnahme auf das Abendland doch vielmehr schlicht als Chiffre zur Konstruktion kultureller Überlegenheitsgefühle und damit der Erneuerung kollektiver Identität.“

Gleichzeitig macht die Pegida-Bewegung deutlich, wo sie die Ursachen für die Übel sieht. Diese Benennung heißt aber nichts anderes, als den Islam als Sündenbock zu deklarieren. Das Muster ist uns aus der deutschen, aber auch der europäischen Vergangenheit allzu bekannt. Im TV vom 16.02. erklärt Dorothee Krings die Herkunft des Begriffs „Sündenbock“ aus der Bibel und seine Bedeutung für den gesellschaftlichen Frieden. Der „Sündenbock – Mechanismus“ „beschert Gruppen nach innen Eintracht und Frieden.“ „Allerdings hat das seinen Preis: Denn der Sündenbock ist ja unschuldig, er wird allein deswegen zum Opfer, weil eine Gemeinschaft ihn für böse erklärt. Ein Sündenbock könnte demnach kein Sündenbock mehr sein, wenn Menschen sich seine Unschuld bewusst machen würden. Der Mechanismus verliert also seine Wirkung, sobald man ihn durchschaut. Doch die Idee vom Sündenbock ist verführerisch. Denn sie entlastet, sie macht die undurchsichtige Wirklichkeit scheinbar überschaubar, gibt schlichte Erklärungen für Zustände, die Ohnmachtsgefühle auslösen.“

Die prekären gesellschaftlichen Verhältnisse, Ängste und Bedrohungen werden einem „Feind“ angehängt. Mit dem Erstellen eines Feindbildes kann dann Wut und Aggression auf ihn gelenkt werden. Herbert Schui (Januar 2014) beschreibt das so: „Tatsächlich geht es nicht einfach gegen den Islam. Er ist der Ersatz für den eigentlichen, den objektiven Gegner. Wir haben es hier, so ist zu vermuten, mit einer Verschiebung, auch Aggressionsverschiebung zu tun. Das eigentliche Motiv für die Demonstrationen ist die Vorstellung einer allgemeinen Bedrohung, nämlich durch Arbeitslosigkeit, niedrige Renten, Armut allgemein. Einen Anhaltspunkt hierfür liefert eine empirische Untersuchung aus dem Jahr 2011. Feindlich eingestellt gegenüber dem Islam sind zum einen 26 Prozent der Bevölkerung, die eher arm sind, auch wenn sie je zur Hälfte eine gute oder schlechte Ausbildung haben. In der Zukunft befürchten sie einen weiteren Abstieg. Zum anderen gibt es eine weitere, kleinere Gruppe, die sorgenlos lebt. Ihre Einstellung erklärt die Studie mit verhärterter Selbstgerechtigkeit als wesentlichem Motiv für den „Extremismus

der Mitte". Allen dürfte gemeinsam sein, dass sie fürchten, nicht mehr Herr im eigenen Haus zu sein.“

Die Furcht vor dem Abstieg ist treibendes Motiv bei den Anhängern von Pegida. Damit sind sie auch verführbar für Parolen wie „Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche“(NPD). „Wer die Arbeitslosigkeit(die Erfolgsmeldungen zur Wirtschaftsentwicklung verschweigen allzu häufig, dass selbst nach amtlichen Statistiken ca. 3 Millionen in Deutschland gezählt werden) nicht erklären kann und wer obendrein Angst davor hat, sich mit den Unternehmen anzulegen, der konzentriert sich auf etwas Nächstliegendes, irgendwie Plausibles, wenngleich Falsches. Da nehmen die Ausländer den Deutschen die Arbeitsplätze weg und machen sich ein schönes Leben zu Lasten der Sozialkassen. Und da sie anders als die Unternehmen keine Macht haben, fällt es leichter, gegen sie zu agitieren“ (Schui). In der Sprache des CSU-Vorsitzenden heißt das in der Rede zum „Politischen Aschermittwoch“, dass Deutschland nicht das Sozialamt des Balkans sei.

Allerdings ist festzuhalten: wenn hier die Unternehmen als der eigentliche Gegner hingestellt werden, wird eher eine gewerkschaftliche Vorstellung gewählt. Die Unternehmen sind oft Profiteure, aber immer Teil des kapitalistischen Systems. Wer sich etwa mit den Vorgängen um die Freihandelsabkommen CETA und TTIP beschäftigt, kann erkennen, wie viele Akteure (Lobbyisten, Politiker usw.) das System stützen. Gerade weil sie im System auch gefangen sind, ist es so gut wie unmöglich, einen Adressaten zu benennen, der „objektiver Gegner“ ist. Dennoch wäre diesen Akteuren vorzuführen, welches Spiel sie betreiben. Das wäre aber eben eine so große Herausforderung, dass man sich lieber ein Ersatzobjekt sucht. Götz Eisenberg (in „Überfremdung“ - Zur Sozialpsychologie eines Gefühls) verdeutlicht das so: „Das „Fremde“, von dem die Menschen sich bedroht fühlen, ist die Teufelsmühle des Kapitals selbst, in der die einheimischen Industrien und tradierte Lebensformen zermahlen wurden. Da man aber gegen „kapitalistische Verhältnisse“ und undurchsichtige, anonyme finanzielle Abstraktionen nicht handgreiflich vorgehen kann, zieht man es vor, sich an „die Fremden“ zu halten.“

Man sollte sich durchaus fragen, warum diese Bewegung so chauvinistisch(Überhöhung der Eigengruppe mit Abwertung der Fremdgruppe) und so rassistisch ist. Chauvinistische und rassistische Stimmungen existieren schon lange in der deutschen Bevölkerung und scheinen auch

fortzubestehen. Das haben zahlreiche Forschungsprojekte von Wilhelm Heitmeyer und seinen Kollegen und Kolleginnen bestätigt. Mit Pegida ist eine Struktur entstanden, die diese Einstellungen in Handlungen auf der Straße sichtbar machen (vgl. Kulturbüro Sachsen).

Götz Eisenberg geht der Frage nach, warum die Pegida - Bewegung besonders in den neuen Bundesländern Konjunktur hat. Er sieht folgende Hintergründe: „Der autoritär dressierte und „zur Sau gemachte“ Mensch trägt eine lebenslang wirksame Neigung davon, sich für die erlittenen eigenen Qualen an Sündenböcken schadlos zu halten. Dass also der Rechtsradikalismus im Osten Deutschlands eine breitere Basis hat, hängt mit einer spezifischen kulturellen und sozialpsychologischen Ungleichzeitigkeit der ehemaligen DDR-Gesellschaft zusammen.“ Und „Die Ostdeutschen weisen das falsche Sozialisationsfundament für ein Leben unter kapitalistischen Markt- und Konkurrenzbedingungen auf. Aufgewachsen und sozialisiert in einer Gesellschaft des Mangels und mit klaren Rollenmustern und biographischen Vorgaben und Verläufen, gerieten sie nun in eine Gesellschaft, in der jeder selbst sehen muss, wo er bleibt, und in der Konsum über die soziale Integration entscheidet. „Sinnentzug“ heißt auch, dass das Gelernte und lebensgeschichtlich Erworbene auf kein Lebensgelände mehr so richtig passt, dass das, was einem zustößt und was aus der Zukunft auf einen zukommt, sich der eigenen Verarbeitungslogik nicht mehr fügt. „Sinnentzug“ ist eine Erfahrung, die Angst und Unsicherheit entbindet, mitunter flackert Panik auf. Jedenfalls hält der ans Ertragen offener und ambivalenter Situationen nicht gewöhnte Mensch so etwas nicht lange aus: Je nach Temperament und Prägung wird er wütend oder krank oder suizidal.“

Wenn Pegida eine „rückwärtsgewandte“ Bewegung ist, die wegen ihrer rassistischen und chauvinistischen Aspekte hohen sozialen Sprengstoff enthält, so greift eine bloße Zurückweisung dennoch zu kurz. Das Bekenntnis zu einer „bunten“ Gesellschaft ist brüchig. Es verhindert nicht, dass die Ängste jederzeit instrumentalisiert werden können: „Sozialamt des Balkans“, „Asylantenflut“, „Schulden-Griechen“. Es verhindert auch nicht, dass die Ursachen für die Ängste wie Armut oder „Sinnentleerung“ weiter bestehen. Eigentlich geht es um die „Teufelsmühle des Kapitals“ selbst und darum, dass wir diesem Götzen dienen. Wenn gerufen wird, „wir sind das Volk“, ist das nicht nur eine Überhöhung des Selbst sondern auch der Ausdruck dafür, dass man sich von den Eliten verkauft fühlt. Damit ist aber auch ausgesprochen, dass zentrale Demonstrations-

orte zum Beispiel Davos oder Brüssel sein müssten und nicht Moscheen oder Flüchtlingsunterkünfte. Der eigentliche Gegner ist das gnadenlose und zerstörerische Regime des Kapitals. Zu dieser Wirtschaftsweise, die „ausschließt und tötet“, kann man mit Papst Franziskus (Evangelii gaudium) immer wieder nur Nein sagen. Die Anknüpfungspunkte des Protestes sind dort, wo sich dieses Regime breit macht wie im Freihandel(TTIP) oder im Finanzregime.

Zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP)

Seit Juli 2013 werden die Vertragsbedingungen dieses Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen den USA und der Europäischen Union hinter verschlossenen Türen ausgehandelt; die Öffentlichkeit ist nicht in diesen Prozess eingebunden, der als intransparent bezeichnet werden muss. Dominiert wird dieser Verhandlungsprozess von den mächtigsten 600 Industrieverbänden und Konzernen der westlichen Welt; Kritiker sprechen von einem „Staatsstreich in Zeitlupe“.

Dieses Abkommen soll das umfassendste bilaterale Handels- und Investitionsabkommen werden, das es auf der Welt je gegeben hat. Die Ziele sind laut Verhandlungspartner der Abbau von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen, die Absenkung fast aller bestehenden Einfuhrzölle auf null, die Angleichung, wechselseitige Anerkennung von Regeln und Gesetzen und die Gewinnung neuer Absatzmärkte, die dem Handel im Wege stehen könnten.

Betroffen von dieser Vereinbarung werden alle Lebensbereiche der Menschen in diesem größten Freihandelsmarkt der Welt sein; in diesem Handelsraum werden 46% der weltweiten Wirtschaftsleistung (jeweilige Bruttoinlandsprodukte) erzielt. Kritiker sprechen von einer „Wirtschafts-NATO“, die der restlichen Welt mit ihrer Dominanz ihre am Kapital orientierten Werte aufbürdet. Dieser markt-radikale Angriff wird auch die aufstrebenden Länder (China und Indien) treffen.

Auf dem Altar des Kapitals werden die Werte der Demokratie und der Menschenrechte geopfert:

- Die Demokratie wird eliminiert, indem hinter verschlossenen Türen verhandelt wird; die Konzerne, Banken und Wirtschaftsakteure geben die Richtung vor. Selbst die EU – Parlamentarier haben keinen Einblick in die konkreten ausgehandelten Vertragsbedingungen.

- Stadt- und Gemeinderäte dürfen sich nach einem Gutachten des Deutschen Bundestages nicht mit dem geplanten TTIP beschäftigen, weil die Gemeinden sich nur dann mit bestimmten Sachgebieten beschäftigen könnten, wenn dies einen „spezifisch örtlichen Bezug aufweise.“ Eine skandalöses Gutachten, das eine potentielle Handhabe bietet, Debatten in den kommunalen Gremien zu verbieten, obgleich die Kommunen gerade mit Blick auf die Daseinsvorsorge des geplanten Abkommens betroffen sein werden.
- Schiedsgerichte nicht-staatlicher Art werden zukünftig entscheiden, ob der Investitionsschutz gewahrt wurde. Die Entscheidungen dieser Schiedsgerichte können durch staatliche Gerichte nicht überprüft werden. Das kann zum Beispiel bedeuten, dass ein Mitgliedsland zu einer hohen Entschädigungssumme verurteilt wird. So klagt der Energiekonzern Vattenfall auf eine Summe von 3,5 € Milliarden Entschädigung, weil - so der Konzern – durch den Beschluss der Bundesregierung - des vorzeitigen Ausstiegs aus der Atomindustrie – ihm ein riesiger Schaden entstanden sei. In diesem augenblicklichen Rechtsstreit hat der deutsche Staat schon allein 11 Millionen € für die juristischen Beistände gezahlt. Erinnerung kann in diesem Zusammenhang daran, dass mit solchen Klagen und Urteilen privater Schiedsgerichte südamerikanische und mittelamerikanische Staaten (Ecuador und Peru) an den Rand der Liquidität geraten sind.
- Wenn dieses Freihandelsabkommen einmal von den Mitgliedsländern unterzeichnet worden ist, so ist ein Ausstieg eines Landes nicht mehr möglich; es ist also ein Abkommen, das auf Jahre den globalen und regionalen Markt dominieren wird. Einzelne Bestimmungen können nur mit Zustimmung sämtlicher Unterzeichnerstaaten geändert werden, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist.
- Die gewählten Organe der demokratischen Staaten in den USA und Europa werden mit diesem Freihandelsabkommen entmachtet, die Handelsregeln von Konzernen diktiert.
- Sozialstandards werden weiter eliminiert, z. B. könnten Gewerkschaften als Handelshemmnisse verboten und Arbeitnehmerrechte auf ein niedriges Niveau heruntergefahren werden. Der arbeitsfreie Sonntag kann ebenfalls auf dem Markt des Kapitals verboten werden, weil er den freien Handel behindert. u. v. a. m.

- Die Harmonisierung von Standards, etwa im Bereich von Umwelt- und Gesundheitsstandards, orientiert sich an der jeweils niedrigsten und wirtschaftlich freundlichsten Standards aller Einzelstaaten.
- Die ökologische Agrarwende in unserem Land wird mit dem Freihandelsabkommen beendet. Während in Europa eine Kennzeichnungspflicht gegenüber genveränderten Lebensmitteln besteht und weitgehend verboten ist, verhält sich dies in den USA völlig anders: Dort gibt es keine Kennzeichnungspflicht. Der Konzern Monsanto kritisiert diese Regelung schon lange und will eine Deckelung dieser Regelung, d. h. ihre Abschaffung.
- Die staatliche Förderung der Erwachsenenbildung ist gefährdet, wenn private Bildungsanbieter gegen diese Förderung klagen, weil sie den „freien Markt der Kräfte“ behindert.
- Verhandelt wird gerade über eine Deregulierung der Finanzmärkte, obwohl gerade sie hauptverantwortlich für die Finanzkrise war. Auch hier gilt: Auf „die unsichtbare Hand“ zu vertrauen (Adam Smith), sie wird es schon richten!
- Auch Industriestandards sind in der Verhandlungsmasse des Freihandelsabkommens. Dabei geht es um die Standards für Industrie, Handel, Gewerbe und Finanzdienstleistungen, vor allem um die wirtschaftliche Macht. Hier ist zu befürchten, dass die USA wie bei ähnlichen Abkommen – in denen nie Eingriffe in ihre nationale Souveränität, Kultur- und Spezialinteressen zugelassen wurden - auch hier ihre Privilegien durchsetzen werden.
- Schließlich steht die Daseinsvorsorge in dieser mächtigen Freihandelszone zur Disposition: Die vollständige Privatisierung der öffentlichen Versorgung mit Wasser, Energie, Gesundheit, Krankheit, Renten, Sozialversicherung u. a. m.
- Eine Wirtschaft, die ungeachtet aller sozialen, ökologischen und humanitären Konsequenzen auf ein unbegrenztes Wachstum setzt - dies beinhaltet das Freihandelsabkommen -, „tötet“ (Papst Franziskus), hat keine Zukunft und beschleunigt den Weg in die Katastrophe des gesamten Globus.

Ein solches Abkommen, das demokratische Prinzipien abbaut, den freien Markt als das alles bestimmende Lebensprinzip definiert, das Kapital als oberste Prinzip, als oberste Gottheit erklärt, kann von pax christi nur ein klares eindeutiges Nein erhalten.

Wir wissen uns mit dem Gott des Lebens verbunden, der die Schreie im Sklavenhaus Ägypten gehört hat, sein Volk aus der Knechtschaft befreit und in die Freiheit geführt hat. Sein Sohn Jesus Christus hat uns geboten, an seinem Reich mitzuarbeiten, in dem jeder Mensch das Recht auf die ganze Fülle des Lebens hat.

Wir wissen uns mit den Inhalten des Rundbriefes EVANGELII GAUDIUM unseres Papstes Franziskus solidarisch, der sich mit seinen vier kategorischen Aussagen:

- dem NEIN zu einer Wirtschaft der Ausschließung,
- dem NEIN zur neuen Vergötterung des Geldes,
- dem NEIN zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen,
- und zu einem NEIN zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt

kritisch mit den globalen und regionalen Implikationen auseinander gesetzt hat.

Vorstand Bistumsstelle

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

die Flüchtlingstragödien, besonders die im Mittelmeer, lassen uns nicht los. Die große Zahl der Ertrunkenen oder auf andere Weise zu Tode Gekommenen haben auch Sie und Ihre europäischen Kollegen bewegt, Maßnahmen zu ergreifen, die eine Fortsetzung dieser Tragödien verhindern sollen. Dabei haben Sie als erstes beschlossen, dass die Mittel für die Rettung der Schiffbrüchigen erhöht werden sollen. Aber ein wirklicher Wandel der Flüchtlingspolitik Europas ist nicht zu erkennen.

Wenn ein Mitglied Ihres Kabinetts sagt, wir tragen keine Schuld, aber wir übernehmen Verantwortung, ist das nichts anderes als Leugnung der eigenen Verstrickung. EU-Entscheidungen des vergangenen Jahres haben zu den dramatischen Vorkommnissen beigetragen. Wenigstens

die Außenbeauftragte der EU, Federica Mogherini, bekennt eindeutig, dass auf die Frage, warum erst so viele Menschen sterben mussten, sich keine Rechtfertigung finden wird. Leider muss man das Schuldbekenntnis, dass man um der Abschreckung willen den Tod vieler in Kauf genommen hat, mit der Lupe suchen. Der Skandal wird nicht beim Namen genannt.

Wer sich den 10 Punkte-Plan der EU ansieht, wird feststellen, dass die erste Option aller Maßnahmen immer noch das Verhindern der Flüchtlingsströme und ihre Abwehr ist. Staaten in Afrika sollen stabilisiert und Schleusern das Handwerk gelegt werden. Einzelne Staaten mauern bei der Aufnahme von Flüchtlingen, andere möchten besser verteilen. Die neuen Rettungsmaßnahmen sind halbherzig. Immer noch wird der Focus auf asylberechtigte Kriegsflüchtlinge gelegt, um gleichzeitig der Hungermigration den Rücken zu kehren.

Zentrale politische Fragen bleiben unbeantwortet. Der Außenminister sagt, man müsse Länder stabilisieren. Wie soll das in Libyen, Syrien oder dem Irak gehen? Vor allem Libyen und der Irak – mit seinen Auswirkungen auf Syrien - sind unter direkter Mithilfe westlicher Staaten destabilisiert worden, ohne dass sich in den vergangenen Jahren tragbare Strukturen gebildet haben. Schauen Sie bitte genau hin, welchen Beitrag die EU oder Deutschland für diese Länder geleistet hat und warum das alles gescheitert ist.

Man will die Entwicklungshilfe stärken. Dieses Versprechen ist schon oft (Milleniumsziele) gegeben und nie eingehalten worden – auch von der Bundesrepublik nicht. Was hindert eigentlich Ihr Kabinett daran, das Versprechen, 0,7 % für die Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, dadurch einzulösen, dass sie den fehlenden Rest ohne „Wenn und Aber“ für Flüchtlinge ausgeben. So könnte Ihre Regierung einen mutigen Schritt weg von der Abschottung tun.

Solange die politischen Institutionen Europas nicht daran interessiert sind, die desaströse Handelspolitik vor allem gegenüber afrikanischen Staaten so zu verändern, dass diese Länder und nicht die der EU davon profitieren, wird auch der Strom dieser Flüchtlinge nicht abreißen..

Der „Zehn Punkte Plan“ ist ein Dokument, das weiterhin der Geist der Abschottung und der „Gleichgültigkeit“ gegenüber Millionen von

Menschen zum Ausdruck bringt. Eine Neubesinnung müsste anders aussehen. Hilfreiche Vorschläge sind in den öffentlichen Diskussionen in großer Zahl zu finden. Warten Sie bitte nicht, bis sie alle europäischen Kollegen überzeugt haben, beginnen Sie mit dem Paradigmenwechsel im eigenen Kabinett.

Wir in pax christi im Bistum Trier können uns nicht damit abfinden, dass Tausende von Flüchtlingen den Tod finden.

Mit freundlichen Grüßen

EBOLA

Angesichts der menschlichen und gesellschaftlichen Katastrophe vor allem in den westafrikanischen Ländern Guinea, Sierra Leone, und Liberia durch das Ebolafieber hat sich der Vorstand der Bistumsstelle am 10.11.2014 intensiv mit den bösen Folgen dieser Krankheit auseinandergesetzt. Informationen über die Epidemie und ihre Verbreitung gab es in den letzten Monaten des Jahres in den Medien auf vielfache Weise. Dem Vorstand ging es vor allem um Fragen der Hilfe und der Vorbeugung. So hat er beschlossen im kirchlichen und politischen Raum tätig zu werden.

Egbert Wisser hat in seinem Brief an Misereor unsere Ideen zum Ausdruck gebracht.

Lieber Herr Schaaf,

ganz herzlichen Dank für die umfangreichen Informationen zu der Ebola - Epidemie. Wir haben natürlich nicht alle Informationen lesen oder studieren können, einige Dokumente haben uns in der gestrigen Sitzung des Vorstandes - Bistumsstelle Trier - geholfen, das Ausmaß dieser Katastrophe in Gänze wahrzunehmen. Wir waren erschrocken und für einige Minuten sprachlos oder fühlten uns ohnmächtig.

Schließlich haben wir einige Ideen diskutiert und folgende Beschlüsse gefasst:

1. *Wir schreiben die Bundesregierung an mit der Frage: Gibt es pharmazeutische Forschungsprojekte in Deutschland, von der Bundesregierung gefördert, die diese Seuche im Blick haben?*
2. *Wir fragen die Parteien im Deutschen Bundestag an, welche Strategien es in ihren Reihen gibt, sich mit dieser Katastrophe auseinander zu setzen?*
3. *Ich werde den Abgeordneten des Wahlkreises Koblenz, Detlef Pilger, einen ehemaligen pastoralen Mitarbeiter kontaktieren und zu dieser Seuche und den Überlegungen seiner Fraktion (SPD) befragen.*
4. *Der geistliche Beirat im Bistum Trier von pax christi ist gleichzeitig in der gleichen Funktion im Vorstand von pax christi Deutschland tätig. Er wird unsere Überlegungen mit in den dortigen Vorstand nehmen, vor allem mit der Frage: Könnte es eine gemeinsame Aktion von pax christi und Misereor geben, eventuell eine Kampagne?*
5. *Der Mitarbeiter der Nord- Süd- Kommission in pax christi, Heinz-Peter Vetten, wird über unsere Diskussion informiert werden. Möglicherweise kann diese Kommission eine Vorlage für den Vorstand erarbeiten.*
6. *Schließlich haben wir einstimmig beschlossen, Ihnen, also Misereor, 300 EUR aus unserer Kasse zu überweisen; dies als bescheidenes Zeichen unserer Solidarität mit den drei betroffenen Ländern in West-Afrika.*
7. *Wir werden die Epidemie weiter im Blick halten und auf der Ebene der Gemeinden und befreundeter Verbände fokussieren.*

Soweit unsere Überlegungen zu dieser "Mega- Katastrophe mit Ansage"- so die "NachDenkSeiten - Die kritische Website" vom 15.10.14.

Mit solidarischen Grüßen

Egbert Wissler

Als Beispiel für unsere Aktionen in den politischen Raum veröffentlichen wir den Brief an die Bundesregierung:

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben uns auf unserer letzten Sitzung am 10.11.14 intensiv mit der Epidemie EBOLA in Westafrika beschäftigt. Wir waren angesichts der katastrophalen Situation sprachlos. Und wenn wir den Angaben des „Worst – Case – Szenario“ der US – Regierungsorganisation CDC für

Westafrika glauben können und dies auf das bevölkerungsreiche Deutschland übertragen würden, dann würden am Ende des kommenden Jahres 11 Millionen Menschen sterben.

Wir haben die öffentliche Bekenntnisse der letzten Wochen noch im Ohr, die da lauten: "Deutschland darf nicht abseits stehen und internationale Verantwortung tragen". Wir fragen uns, ist diese Verantwortung nur auf den Einsatz militärischer Mittel fokussiert, z. B. In Afghanistan, dem Irak, am Horn von Afrika?

Ist es nicht beschämend, wenn das reiche und wohlhabende Land nur 17 Millionen Euro und 50 Feldbetten zur Verfügung stellt?

Mischen sich in die Verträge zwischen der Europäischen Union und den afrikanischen Ländern nicht neokolonialistische Tendenzen, in dem die Europäer die Inhalte der Verträge bestimmen?

Und schließlich fragen wir die Bundesregierung:

1. Gibt es angesichts der lebensbedrohenden Erkrankungen, z. B. Malaria, von der Bundesregierung geförderte Programme in der Pharmakologie?

2. Hat die Bundesregierung Deutschland ein Forschungsprogramm initiiert, das die Seuche EBOLA in den Fokus nimmt?

3. Würden solche Forschungsvorhaben nicht dem Geist einer christlich – sozialdemokratischen Regierung entsprechen?

4. Würden sich nicht hier zeigen, was von diesen vollmundigen Aussagen „Deutschland dürfe nicht abseits stehen und internationale Verantwortung übernehmen“ in ihrer Konsequenz zu erwarten wäre? Hier könnte unser Land tatsächlich eine Vorreiterrolle in der westlichen Wertgemeinschaft übernehmen?

Ihren konkreten Antwort unserer Fragen entgegen sehend

mit herzlichen Grüßen

Egbert Wisser (Sprecher)

Eine unmittelbare Antwort der Bundesregierung liegt nicht vor. Zur Sache hat sie sich in einem Brief an die Mitglieder des Bundestages vom 24.09.2014 geäußert. Darin wird dargestellt, was die Bundesregierung schon an medizinischer und materieller Hilfe geleistet hat und was noch in die Wege geleitet werden soll. Dazu zählen u.a. Aufbau eines mobilen Krankenhauses, weitere medizinische Ausrüstung, personelle und logi-

stische Unterstützung, Ausbildung von Pflegekräften. Parteien haben teilweise brieflich oder auch mit einem Abgeordnetengespräch reagiert.

Aus diesen Antworten geht hervor, dass die Infektionsforschung 2010 mit dem deutschen Zentrum für Infektionsforschung gestärkt wurde, das ein Ebola-Virus-Konsortium initiiert hat. Das Förderkonzept sieht vor, Fortschritte bei den „vernachlässigten und armutsassoziierten Krankheiten“ zu erzielen. Bis zum Ausbruch der Krankheit waren noch keine zugelassenen Impfstoffe vorhanden, aber es gab solche in der klinischen Erprobung.

Es bleibt der Eindruck, dass die Hilfe aus Deutschland zögerlich und spät angelaufen ist. Nach dem Eindämmen der Epidemie bleibt gerade die Prävention, insbesondere die Entwicklung von Impfstoffen, dringend.

Kapitalismus in der Krise

Krisentheorie, Krisenentwicklung, aktuelle Krisensituation

So lautete das Thema des Referates von Claus Peter Ortlieb beim diesjährigen Wirtschaftsseminar in Kylburg. Die folgende Übersicht gibt einen Einblick in seine Ausführungen, die folgendes Zitat von Karl Marx entfalteten: „Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch dadurch, daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren sucht, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt.“ (Marx, Grundrisse 1858: 593)

Seine Krisenerklärung beruht also auf dem Widerspruch, dass der Kapitalismus 1. auf der Ausbeutung/Verwertung von Arbeit beruht, und 2. die Arbeit abschafft. Kapital und Arbeit bilden demnach keinen antagonistischen Gegensatz, sondern sie bedingen einander wechselseitig. „Der Kapitalismus ist erst dann überwunden, wenn es die Arbeit ist – und umgekehrt.“

Claus Peter Ortlieb entwickelte seine Analyse in vier Schritten:

A. Vom Fordismus in die Krise – Kurze Geschichte des Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg.

B. Wert – Abspaltung – Krise! Warum der Kapitalismus an seinen Widersprüchen scheitern muss.

Seine Zusammenfassung der Krise lautet:

„1. Bedingung sine qua non für die kapitalistische Wirtschaftsform ist die Erzielung von (immer mehr) Mehrwert. Eine wirtschaftliche Tätigkeit, die keinen Mehrwert erzielt, unterbleibt.

2. Mit wachsender Produktivität muss für denselben Mehrwert ein immer größerer stofflicher Output produziert und verkauft werden.

3. Die dazu erforderliche Expansion des Kapitals stößt an ökonomische Grenzen (innere Schranke – *es wird mehr Arbeit eliminiert als aufgenommen; äußere Schranke oder Naturgrenze der Kapitalakkumulation: die größeren Zuwächse an stofflichem Reichtum zerstören beschleunigt die Umwelt - vgl. Pastore*).

4. Mit der Ersetzung von Arbeit durch den Einsatz von Maschinen und Energie wächst der Ressourcen- und Umweltverbrauch noch schneller als der stoffliche Output. Das für die Mehrwertproduktion erforderliche Wachstum stößt auch an ökologische Grenzen.“

C. Finanzkapitalistischer Aufschub der Krise – Neoliberalismus: Finanzblasen und Defizitkonjunkturen.

D. Perspektiven des kapitalistischen Niedergangs – Überwindung des Kapitalismus oder gesellschaftlicher Niedergang.

Unter der Fragestellung „Welchen Ausgang nimmt die Krise?“ zitiert er Robert Kurz (Schwarzbuch Kapitalismus, S. 788): „Vor dem Hintergrund einer allgemeinen Darwinisierung des Denkens und einer Verwilderung der sozialen Beziehungen zersetzen sich >Marktwirtschaft und Demokratie< in partikularisierte Kampfstrukturen >ums Dasein<. Ob transnationale Konzerne mit Privatarmeen, ob Söldnerhaufen und geschäftsmäßige Todesschwadronen, ob >ethnische< Milizen, Untergangssekten oder Neonazi-Banden: die Landkarte der Entzivilisierung nimmt Gestalt an, während der Medienzirkus gespenstisch weitergeht und der demokratische Plastikdiskurs von Tag zu Tag ignoranter und hohler wird. Wie der Demokratie die >vierte Gewalt< der kapitalistischen Maschine immer schon vorgelagert war, so ist ihr nun, als Folge der irreparablen Funktionsstörungen dieser Maschine in der Dritten industriellen Revolution die >fünfte Gewalt< der Banden nachgelagert. Es gibt keinen emanzipatorischen Aufstand, aber jedermann fängt an sich zu bewaffnen. Die Ultima ratio von Vernichtung und Selbstvernichtung ist das erste und letzte Wort des Kapitalismus.“

Albert Hohmann

Christlich-Islamischer Dialog: Maria in Bibel und Koran.

Maria für Christen und Muslime, war das Thema des christlich-islamischen Gespräches in Wittlich im Markus Haus am 26.05.2015, Referenten waren Matthias Neff, Islambeauftragter Bistum Trier, und Vera Zoorob von der muslimischen Gemeinde Schweich

Für Christen verkörpert Jesus mit seinem Leben und zeigt mit seinem Evangelium die Liebe und Heilsbotschaft Gottes für die Menschen und die Welt. Maria die Mutter Jesu ist den Christen in verschiedener Weise bedeutend, besonders dadurch, wie sie uns mit ihrem Leben Jesus näher bringt und Gottes Heilswirken dient, auch als Patronin und Vorbild der Kirche und jedes Christen.

Der muslimische Vortrag der sich auf Zitate aus dem Koran stützt zeigt eine erstaunlich hohe Wertschätzung für Maria die Mutter des bei ihnen hoch angesehenen Propheten und Messias Jesus. Sie gilt als Vorbild aller Frauen, und genießt besondere Verehrung. Bei gläubigen Muslimen.

Im Anschluss an die Vorträge ergaben sich zahlreiche Fragen und Meinungsäußerungen. Die Wortmeldungen waren ausnahmslos friedlich und respektvoll in der Meinung über den Glauben der anderen.

Die Gespräche zeigten aber auch im Glauben über das Wesen der Gestalt Jesu deutliche Unterschiede zwischen beiden Religionen.

Der Austausch soll zum Kennenlernen, zum Abbau von Vorurteilen und zum gegenseitigen Verständnis beitragen. In den Meinungsäußerungen empfanden die Teilnehmer beider Religionen die Feststellung übereinstimmender Werte als positiv für das Zusammenleben in guter Nachbarschaft.

Veranstalter waren der Christlich-Islamische Gesprächskreis bestehend aus der pax christi - Gruppe Wittlich und Mitgliedern der Türkisch-Islamischen Union Wittlich in Kooperation mit der Katholischen Erwachsenenbildung Mittelmosel Dekanat Wittlich.

Innerhalb des Dialogs fand am 10.03. 2015 eine Abendveranstaltung zum Thema „Mevlana und die islamische Mystik“. Es referierte Franz Hassemer

Hier wurde eine Seite des Islam gezeigt, welche die Liebe, zu Gott und zu den Menschen aller Völker und aller Religionen, ja aller Geschöpfe Gottes, zum Zweck des menschlichen Daseins erklärt und praktiziert. Hauptziel dieser in der ganzen muslimischen Welt seit 1.200 Jahren verbreiteten Bewegung ist die mystische Vereinigung mit Gott auf dem Weg des Gebets, der Meditation, der Dichtung und Musik und der sozialen Tätigkeit. Viele Muslime, Männer und Frauen, haben sich zu sogenannten Sufi-Gemeinschaften zusammengeschlossen und gehen den Weg zu Gott unter Führung eines Scheich oder Meisters (türk. Mevlana). Eine der bekanntesten dieser Vereinigungen geht auf Mavlana Dschalal ad-Din Rumi zurück, der im 13. Jahrh. in Konja wirkte. Die Tradition Mevlanas pflegen die Mevlevi, die in Europa und Deutschland gerne „tanzende Derwische“ genannt werden. Ihr gemeinsamer Tanz erstrebt die mystische Vereinigung mit Gott. Rudi Kemmer

Vom Mont-Valérien zum « Séminaire des Barbelés » (Seminar hinter Stacheldraht)

Als Gefängnisseelsorger der Pariser Gefängnisse während des Zweiten Weltkrieges hat Franz Stock die Not der französischen Widerstandskämpfer geteilt, da er die zum Tod Verurteilten bis zur Hinrichtungsstätte begleitete. Als Frankreich befreit wurde, stellte er sich freiwillig den alliierten Militärbehörden. Unter sehr schwierigen materiellen und moralischen Bedingungen richtete dieser deutsche Priester ein « Seminar hinter Stacheldraht » in der Nähe von Chartres ein, wo über 900 Seminaristen ausgebildet wurden. Da er an seinem deutschen Vaterland hing und Frankreich leidenschaftlich liebte, hat er die einen und die anderen gelehrt, den Nationalismus zu überwinden. Er ist ein Vorkämpfer der Einheit Europas.

« Wir sind uns dessen bewusst, dass Europa nur auf einer geistlichen Grundlage gründen kann. Durch sein leuchtendes Beispiel hat Franz Stock mehr für dieses große Unternehmen - also für den Frieden - getan als die Staatsmänner und die Politiker » (Pierre Pflimlin, Präsident des Europäischen Parlamentes).

Diese beiden Abschnitte dokumentieren auf dem Flyer zur Ausstellung über das Leben und Wirken von Franz Stock dessen Bedeutung für die deutsch-französische Versöhnung. Da pax christi aus diesem Versöh-

nungswillen entstanden ist, war es für die Bistumsstelle Trier selbstverständlich, das Anliegen von Frau Dennemark, der stellvertretenden Vorsitzenden des Franz-Stock-Komitees aufzunehmen, diese Ausstellung auch in Trier zu zeigen. Das Generalvikariat mit seinem Kulturbeauftragten Micha Flesch konnte für die Durchführung gewonnen werden. Im Rahmen des Beginns der adventlichen Atempause am 1. Dezember wurde sie dort auf der ersten Etage mit über hundert Teilnehmern eröffnet und war damit vor allem Mitarbeitern und Besuchern der Bistumsverwaltung bis zum 15. Januar zugänglich. Ausdrücklich wurden die Schulen zum Besuch eingeladen. Im Abschlussvortrag am 15.01.2015 würdigte Frau Dennemark vor 20 Zuhörern den früh verstorbenen Priester aus Neheim-Hüsten.

Im Folgenden soll er vorgestellt werden – vgl. die ausführlichere Darstellung auf www.franz-stock.org:

Am 21. September 1904 wurde Franz Stock als erstes von neun Kindern einer Arbeiterfamilie in der kleinen Industriestadt Neheim geboren. Als Zwölfjähriger äußerte er erstmalig den Wunsch, Priester zu werden. Deshalb wechselte er mit 13 Jahren Ostern 1917 auf das Neheimer Realgymnasium. Dort machte er 1926 das Abitur. Er begann sein Theologiestudium in Paderborn an der Philosophisch-Theologischen Akademie. 1928 ging er zum Weiterstudium für 3 Semester nach Paris. Seit dem Mittelalter war er der erste deutsche Theologiestudent in Frankreich. Am 12. März 1932 wurde Franz Stock in Paderborn zum Priester geweiht.

Franz Stock wurde in seiner Kindheit und Jugend sehr durch den Ersten Weltkrieg und durch die Folgezeit mit ihren politischen und ökonomischen Wirren geprägt. Schon früh wollte er sich für die Völkerverständigung einsetzen, insbesondere zwischen der deutschen und französischen Jugend. Bereits in seiner Schulzeit schloss er sich der Quickbornbewegung an. Über Quickborn nahm er an einer prägenden internationalen Jugendbegegnung mit über 10.000 Teilnehmern teil, die 1926 in Bierville von einem Vorkämpfer der deutsch-französischen Verständigung, Marc Sangnier, einberufen wurde. Dort schloss er auch die Bekanntschaft mit Joseph Folliet, der einen besonders großen Einfluss auf ihn ausübte. Auch in den folgenden Jahren war Franz Stock bei internationalen Begegnungen dabei, so 1931 auf dem Borberg bei Brilon/Olsberg, der auch „Europaberg“ oder „Friedensberg des Sauerlandes“ ge-

nannt wird. Während der Studienzeit in Paris trat er ferner den „Compagnons de Saint François“ („Gefährten des heiligen Franziskus“) bei, deren Ideale das einfache Leben und die Verwirklichung des Friedens sind.

1934 suchte der zuständige Kölner Erzbischof Kardinal Schulte einen Geistlichen für die Leitung der deutschen Gemeinde in Paris. Es sollte jemand gefunden werden, der französisch sprach, der die französische Mentalität kannte und die Seelsorgeprobleme der Weltstadt Paris über-schaute. Es sollte aber vor allem ein Mann gefunden werden, der das Vertrauen des Pariser Erzbischofs Kardinal Verdier besaß. Dieser kannte Franz Stock noch aus der Zeit, als er selbst am Institut Catholique Professor war. So fiel die Wahl auf den jungen Priester Franz Stock.

Anfang September 1934 trat er seine Stelle als Rektor der deutschen Gemeinde an. Zu der Betreuung von rund 500 Gemeindemitgliedern gehörten neben der seelsorglichen Tätigkeit auch viele sozial-karitative Aufgaben - und bald kam die Hilfe für politische Flüchtlinge aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei hinzu. Er machte kulturellen Angebote, veranstaltete Ausflüge und schaffte Orte der Begegnung mit Franzosen und Nichtkatholiken. Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges musste Franz Stock weisungsgemäß Paris verlassen.

Im Juni 1940 wurde Paris von der Deutschen Wehrmacht besetzt. Am 13. August wurde Franz Stock erneut zum Seelsorger der Deutschen in Paris ernannt. Er kehrte im Oktober nach Paris zurück, betreute dort allerdings eine andere Gemeinde. Als Standortpfarrer im Nebenamt begann er Anfang 1941 mit seiner Tätigkeit in den Pariser Wehrmachtsgefängnissen Fresnes, La Santé und Cherche Midi. Ihm oblag die Betreuung der Häftlinge in den Gefängnissen und die Vorbereitung der zum Tode Verurteilten. Die Gefängnisse von Paris hatten von 1941 bis 1944 etwa 11.000 Gefangene. Vielen Menschen rettete Franz Stock das Leben indem er Warnungen aussprach und Informationen weiterleitete. Oftmals konnte er es erreichen, dass Todesurteile abgemildert oder die Zahl der geplanten Geiselschießungen reduziert wurde.

Die Erschießungen der Verurteilten und Geiseln fanden meist auf dem Mont Valérien statt. Franz Stock führte ein Tagebuch mit kurzen Notizen über die Gefangenen und zum Tode Verurteilten. Er erwähnte 863 Erschießungen, denen er beiwohnen musste, sagte aber kurz vor seinem Tod einem Bekannten, es wären über 2.000 gewesen. Die Gedenktafel

auf dem Mont Valerien nennt eine Zahl von über 4.500. Zeugnisse Überlebender. Bücher und Filme dokumentieren den aufopferungsvollen Dienst Stocks an den ungerecht Verurteilten, seine Menschlichkeit und sein Zugehen auf andere, ohne sich selbst zu schonen. Da die Gefangenen oft bewusst im Unklaren über das Schicksal ihrer Familien gelassen wurden, war es eine große Hilfe für sie, dass Stock Kontakt zu den Familien hielt und den Gefangenen Nachrichten übermittelte, in von Aufsehern überwachten Gesprächen beispielsweise flüsternd während eines gemeinsamen Gebetes des Priesters und des Gefangenen.

Franzosen gaben Franz Stock die Bezeichnung „L'Aumônier de l'enfer“ („Der Seelsorger der Hölle“) und „L'Archange en enfer“ („Der Erzengel in der Hölle“). Viele Widerstandskämpfer, wie Edmond Michelet, Jean de Pange, Robert d'Harcourt, Gabriel Péri und Honoré d'Estienne d'Orves haben ihm die Ehre erwiesen. Heute ist der Platz vor dem Mémorial de la France Combattante, das an den Widerstand der Franzosen gegen die deutsche Besatzungsmacht erinnert, nach einem Deutschen, dem Abbé Franz Stock, benannt.

Am 25.08. 1944 marschierte Charles de Gaulle in Paris ein. Abbé Stock blieb in Paris und half im Hospital la Pitié mehr als 600 nicht transportfähige, verwundete deutsche Soldaten betreuen. Das Hospital geriet in die Hände der Truppen des F.F.I. (Forces Francaises de l'Intérieur), der inneren Streitkräfte. Ein Hauptmann drang mit seinen Leuten in das Lazarett ein und forderte die Herausgabe von mehreren Geiseln, um sie wegen der Grausamkeiten von SS und Gestapo erschießen zu lassen. Der Offizier war ein ehemaliger Inhaftierter des Gefängnisses Fresnes. Als er Abbé Stock erkannte, unterzeichnete er ein Papier, das an das Portal des Lazaretts geheftet wurde. Das Lazarett wurde damit unter den Schutz der Résistance gestellt und war vor Repressalien geschützt.

Trotz seiner schwer angegriffenen Gesundheit nach den Kriegsjahren nahm er eine neue Aufgabe an: die Gründung eines Priesterseminars besonderer Art, in dem deutschsprachige Priester und Seminaristen zusammengeführt werden sollten. Es wurde auf Initiative der französischen Regierung und mit Unterstützung des Apostolischen Nuntius Roncalli, des späteren Papstes Johannes XXIII. gegründet. Abbé Stock wurde gebeten, dieses Seminar als Regens zu leiten.

Das Seminar war im Gefangenenlager Dépôt 501 bei Chartres untergebracht. Unter Beibehaltung von Status und Funktionsweise eines Kriegsgefangenenlagers wurden dort alle in französischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Priester und Seminaristen zusammengelegt. So konnten sie ihre Studien fortsetzen oder auch beginnen. Für die jüngsten gab es einen Abiturskurs. Die Universität Freiburg im Breisgau übernahm die Patenschaft über dieses Seminar. Über zwei Jahre bestand das in seiner Art in der Geschichte der Kirche einzigartige Seminar. Insgesamt 949 Dozenten, Priester, Brüder und Seminaristen aus Deutschland und Österreich waren im Verlauf der zwei Jahre dort. Ziel war es, diesen jungen Menschen, die berufen waren, praktische und moralische Verantwortung zu übernehmen im Hinblick auf den moralischen Wiederaufbau Deutschlands, eine spirituelle Ausbildung zu geben, um der Indoktrinierung aus der Nazizeit entgegenzuwirken.

Nuntius Roncalli besuchte wiederholt das Seminar. Am Sonntag nach Weihnachten 1946 überbrachte er die Segenswünsche des Papstes n. Er betonte dabei: „Das Seminar von Chartres gereicht sowohl Frankreich wie Deutschland zum Ruhme. Es ist sehr wohl geeignet, zum Zeichen der Verständigung und Versöhnung zu werden.“

Regens Stock richtete am 26.04.1947 an die Seminaristen des Kriegsgefangenenlagers von Chartres (zum 2. Jahrestag der Gründung) eine Botschaft, die der Prediger Abbé Jean Pihan eine prophetische nannte: "... Eine Zahl von der Vorsehung gewollter Heiliger wird genügen, unsere Epoche zu retten. Es ist die Vorsehung, die uns diesen Aufruf zur Heiligkeit entgegenschleudert durch die Stimme der Geschichte, und wir müssen auf ihn hören, um der Welt die Botschaft von Freiheit und Frieden, Heil und Liebe zu bringen ..."

Am 24. Februar 1948 starb Abbé Franz Stock plötzlich und unerwartet mit 43 Jahren im Hospital Cochin in Paris. Sein Tod durfte in der Presse nicht bekannt gegeben werden, da er Kriegsgefangener war. Aus diesem Grunde folgte seinem Sarg nur ein knappes Dutzend Menschen. Von der Familie konnte niemand an der Beisetzung teilnehmen, da sie keine Einreiseerlaubnis erhalten hatten. Franz Stock wurde am 28. Februar 1948 zunächst auf dem Friedhof Thiais/Paris beerdigt. Die Totenfeier fand in der Kirche St. Jacques-du-Haut-Pas in Paris statt. Nuntius Roncalli, der später Papst Johannes XXIII. nahm die Ein-

segnung des Toten vor und sagte dabei: „Abbé Franz Stock - ist nicht nur ein Name - er ist ein Programm!“

Albert Hohmann

Proteste gegen neue Atombomben in Büchel enden nach 65 Tagen

Vom 26. März, dem Jahrestag des Bundestagsbeschlusses von 2010, der die Regierung aufforderte, sich für den Abzug der Bücheler Atombomben einzusetzen, bis zum Ende der NPT-Überprüfungskonferenz Ende Mai wurde die Aktion „büchel65“ durchgeführt. In diesen 65 Tagen waren Atomwaffengegner vor dem Fliegerhorst. Am 3. Mai war das Friedensnetz Saar in Büchel, am 10. Mai Friedensaktivisten aus der Trierer Region(u.a. AGF, Werner Schwarz) und am 16. Mai der Versöhnungsbund, dessen Aktivisten 2 Stunden die Toreinfahrt blockierten.

Die Antwort des federführende „Auswärtige“ Amtes auf eine entsprechende Anfrage des Tagesspiegels macht den Kontext deutlich: „Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im strategischen Konzept der Nato eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben. Das wäre durch eine Politik der einseitigen Schritte gefährdet.“ Wenn die USA also bald wie geplant ihre in die Jahre gekommenen Atombomben gegen die neuentwickelte B61-12 austauschen sollten, werden auf deutschen Boden die modernsten Nuklearwaffen der Welt lagern – ebenfalls für den Abwurf durch einen Bomber. Die Bomben sind auch politischer Sprengstoff. Denn zu dem von der schwarz-gelben Bundesregierung versprochenen und von der SPD einst geforderten Abzug der Waffen wird es offensichtlich nicht kommen.

Im Atomwaffensperrvertrag verpflichteten sich zwar die Atommächte "zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle". Genau das Gegenteil ist aber der Fall: Mit der sogenannten Modernisierung der US-Atombomben in Europa wird eine neue Rüstungsspirale in Gang gesetzt. Auch die letzten in Deutschland gelagerten B-61-Bomben sollen durch neue zielgenauere und flexibler einsetzbare ersetzt werden, was - abgesehen von dem sowieso mit dem Bau und der Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen verbundenen Wahnsinn - immense Kosten verursacht, die z. T. mit deutschen Steuergeldern bezahlt werden.

Bundeswehrsoldaten sind durch das Festhalten unserer Regierung an der „nuklearen Teilhabe“ in der NATO unter der faktischen Befehlshoheit der USA dazu verpflichtet, die Atombomben bei Befehl ins Zielgebiet zu fliegen und abzuwerfen. Nukleare Erstschläge auch gegen Nichtatomwaffenstaaten oder „vorbeugende“ Angriffskriege mit „Mini-Nukes“ im sog. Krieg gegen den Terror sind aktuelle Themen in der Diskussion über die neue NATO-Doktrin. Auch die hier stationierten Atomwaffen sind strategisch eingebettet, um andere (Atom-) Mächte im Verteilungskampf um die weltweit letzten Ressourcen und Märkte „in Schach“ zu halten.

Dennoch wurde mit gewaltfreien Aktionen zivilen Ungehorsams, die an vielen dieser 65 Tage Gruppen von überall her in Büchel stattfanden, einerseits deutlich, dass es auch in Deutschland Widerstand von unten gibt gegen den atomaren Wahnsinn, andererseits wurde Druck auf die Verantwortlichen ausgeübt.

Ein besonderes Ereignis in diesen Tagen war der Ostermarsch in Büchel am 6.4.2015. Rund 200 Menschen nahmen am sechsten Ostermarsch vom Ort Büchel zum Kundgebungsplatz nahe dem Fliegerhorst-Haupttor teil. Zuvor hatte es bereits fünf Sitzblockaden vor dem Militärgelände im Rahmen der am 26.3. gestarteten Blockadeserie büchel65 gegeben. Von der Kundgebungsbühne aus wurde zum Mitblockieren in den folgenden Wochen eingeladen. Bei der Kundgebung sprachen u.a. Reiner Braun von IALANA und Dr. Hildegard Slabik-Münter von IPPNW. Lee Bach sang Friedenslieder, Elke Koller und Marion Küpker führten einen Sketch "Uschi und Angie" auf.

In der Zeit vom 13. Juli bis zum 9. August wird wieder ein Aktionscamp beim Atomwaffenstützpunkt Büchel errichtet. Es werden in den vier Wochen nach Möglichkeit täglich immer neue Gruppen und Einzelpersonen mit gewaltfreien Aktionen auf die dortige illegale Atomwaffenstationierung aufmerksam machen. Die Protestformen sollen vielfältig sein: Mahnwachen, Blockaden, Go-In-Aktionen, Kletteraktionen mit Transparenten, Umrundungen des Fliegerhorstes (mit Verteilung von Infoblättern an die SoldatInnen zur Befehlsverweigerung ihrer illegalen Arbeit), Infostände in der Touristenhochburg Cochem ... Möglichkeiten gibt es viele!

Beobachtungen in Afghanistan im Frühjahr 2015

Jahrelang stand das Schicksal Afghanistans im Mittelpunkt von Politik und Öffentlichkeit. Jetzt erfahren wir gelegentlich Randnotizen. Gegen das Vergessen veröffentlichen wir gerne den Bericht von Matin Baraki, auch wenn er in großer Sorge um sein Land zurückgekommen ist.

IS auch am Hindukusch

Die islamistische Organisation „Daesch“, wie die Afghanen sie nennen, Islamischer Staat (IS), die etwa Mitte Dezember 2014 zum ersten Mal in der afghanischen Nordprovinz Faryab aufgetaucht ist, hat sich inzwischen auch in den Provinzen Ghasni, Helmand, Farah, Qandahar und Parwan ausgebreitet. Seit dem 22. Februar 2015 ist der IS auch in der 60 km südlich von Kabul gelegenen Provinz Logar aktiv. Dort haben sie einen Laden, in dem TV-Geräte verkauft wurden, überfallen und alle Apparate zerstört. Die Aktivitäten des IS, schon fast vor den Toren Kabuls, werden von politischen Beobachtern in Kabul als Warnsignal bewertet, meldete Tolo-TV am 22. Februar 2015 in den Abendnachrichten.

Inzwischen haben sich dem IS ca. 20 000 Menschen aus verschiedensten Ländern der Welt angeschlossen. Darunter 150 Kämpfer aus den USA und 3400 aus arabischen Ländern, meldeten die afghanischen Fernsehanstalten. Diese Tatsache beunruhigt die Machthaber und ihre Verbündeten in Kabul. Am 12. März 2015 berichteten afghanische TV-Sender, dass eine Splittergruppe der Taliban sich dem IS angeschlossen und demonstrativ die schwarze Flagge des IS gehisst hätte. Dies fand der Oberbefehlshaber der US- und NATO-Truppe in Afghanistan, General Martin Dempsey, auf einer Pressekonferenz am 12. März 2015 in Kabul ziemlich besorgniserregend. Inzwischen sind die Reiterkolonnen des IS in Afghanistan weiter auf dem Vormarsch. Die Lage hat eine solche Dimension erreicht, dass sich am 27. März 2015 sogar der UN-Sicherheitsrat mit dem Thema befasste. Der erste Vizepräsident Afghanistans, General Abdul Raschid Dostum, hat bei einer Rede zum afghanischen Neujahr, am 1. Hamal 1394 [21. März 2015] in Masare Scharif von ausgedehnten Aktivitäten des IS in den nordafghanischen Provinzen gesprochen. Dies bedrohe die Sicherheit Afghanistans, betonte Dostum. Da die Nordprovinzen Afghanistans direkt an die mittelasiatischen Republiken grenzen, würden durch eine weitere Expansion des IS, auch die Sicherheitsinteressen von Russland tangiert. Beobachter befürchten eine

militärische Eskalation über die afghanische Grenze hinaus, deren Ende niemand absehen kann. Am 24. März berichteten die afghanischen Medien über die ersten Todesopfer durch IS-Einheiten. Sie hatten in der Nacht auf der Strecke Kabul-Qandahar mehrere LKWs überfallen, 12 Personen, meistens Fahrer, wurden erschossen und sieben weitere verletzt. Einen Tag später töteten erneut einige IS-Kämpfer im Distrikt Sayed Abad in der Provinz Wardag, ein Steinwurf entfernt von Kabul, dreizehn Menschen. Der Präsident des Parlaments, der Verteidigungs- und Innenminister sowie der Präsident der nationalen Sicherheit schlugen Alarm. Sie sprachen von einer realen Bedrohung Kabuls durch den IS. Der Kabuler Präsident Ashraf Ghani Ahmadzai¹ hat in einer Rede vor dem US-Kongress am 26. März neben peinlichen Schmeicheleien gegenüber den USA,² den IS als Bedrohung für Süd- und Mittelasien eingestuft. Die Aufregung Ghanis ist verständlich, denn der IS ruft nach neuesten Meldungen im nordafghanischen Distrikt Sare-Pul die Bevölkerung offen zur Zusammenarbeit auf.

Der IS am Hindukusch ist keine neue Bewegung. Teile der Taliban haben den IS adaptiert und haben sich umbenannt. In diesem Zusammenhang gewinnt die internationale Dimension des Islamismus eine neue Bedeutung.

Im Schatten dieser Ereignisse wurde am 25. März 2015 dort, wo sich sowohl das Finanz-, Verteidigungs- und Justizministerium als auch der Palast des Präsidenten befinden, ein Selbstmordattentat mit sechs Todesopfern und 31 Verletzten verübt. Im Vergleich zu den IS-Aktivitäten wurde dies fast als Nebensache zur Kenntnis genommen. Am Hindukusch haben die Menschen sich nach 43 Jahren Krieg so an Selbstmordattentate gewöhnt wie an tägliche Verkehrsunfälle.

Das beste Mittel, den islamischen Terrorismus zu bekämpfen, ist es, ihn zu finanzieren. Nach diesem Credo handelte zumindest die Kabuler Administration unter Ghanis Vorgänger Hamid Karzai. Es ist längst bekannt, dass Karzai ganze Säcke voller Dollars von der CIA für seine schwarzen Kassen bekommen hat. Nach einem Bericht der New York Times hat die Kabuler Administration 2010 von den fünf Millionen Dollar geheime CIA-Zuwendung, eine Million als Lösegeld an Al Qaeda in Peschawar für die Freilassung des afghanischen Generals Abdul Khaleq Farahi bezahlt, berichtete die Kabuler Tolo-TV am 15. März 2015.

Im Lande der Räuber

„Sang Kromayt“, der besondere Stein, der in der 60 km südlich von Kabul gelegenen Provinz Logar gefunden worden ist, wurde unrechtmäßig und unsachgemäß von einigen Parlamentsabgeordneten und hochrangigen Ministerialbürokraten ausgegraben und mit LKWs nach Pakistan geschmuggelt. Die Warlords haben schon seit 2001 Lapislazuli, Smaragde und andere wertvolle Edelsteine geraubt und ins Ausland geschafft. Nun wollten sie sich eben auch an diesem seltenen Rohstoff des Volkes bereichern.

Gruppenvergewaltigung findet Nachahmung

Von den Nachbarn lernen, heißt eben auch, vergewaltigen lernen. Seit einiger Zeit haben auch afghanische Männergruppen begonnen, Frauen und Mädchen zu vergewaltigen. Im November 2014 haben 18 Söldner des Ultraislamisten und Warlords Abdul Raab Rasul Sayyaf zwei Frauen und ein Mädchen in Anwesenheit ihrer Männer und anderer Angehöriger brutal vergewaltigt. Die Frauen wurden dann von ihren Verwandten ins Krankenhaus gebracht, wo ein junges Mädchen seinen schweren Verletzungen erlag. Die Familie war nach einer Hochzeitsfeier nach Paghman unterwegs, wo Sayyaf seine Hochburg hat. Unter den Vergewaltigern waren auch zwei Neffen Sayyafs, von denen angeblich jede Spur fehlt. Eher gehen Beobachter in Kabul davon aus, dass die Staatsorgane sich nicht trauen, Sayyafs Neffen zur Rechenschaft zu ziehen.

Zum internationalen Frauentag am 8. März 2015 wurde in den afghanischen Medien von 4837 ernsthaften Gewalttaten gegen Frauen im Jahre 2014 berichtet. Die Frauen werden in der Familie, auf dem Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit Opfer von brutalen Männern. Am 19. März 2015 wurde in Kabul eine junge Frau, Farkhondah, auf offener Straße von einem Dutzend wild gewordener Männer mit Stöcken, Steinen und Fußtritten zu Tode geprügelt. Danach fuhr einer von ihnen mit einem Auto über ihre Leiche. Ein weiterer Mann hat sie dann mit Benzin übergossen und angezündet. Dabei war das Geschrei von Männern zu hören: „Es lebe der Islam und Gott ist groß“. Aber auch die Todesschreie von Farkhondah habe ich deutlich gehört. Farkhondah hatte die Medrese (theologische Oberschule) mit Abitur abgeschlossen, hatte Koran mit Übersetzung studiert und wollte an der theologischen Fakultät ihr Studium fortsetzen. Sie war eine aufgeklärte Theologin. Als sie den Frauen

erklärte, dass Amulette nichts nutzen, und der Mullah der Moschee solle doch bitte mit diesem Betrug aufhören, rief der Geistliche als Rache in die Menge, dass Farkhondah angeblich den Koran verbrannt hätte. Die Sicherheitskräfte in Kabul gaben am 20. März den Medien zufolge an, dass am Tatort nur einige Papierfetzen, aber keine Koranreste gefunden worden waren. Dies bestätigte auch der Innenminister, General Noorul Haq Ulumi.³ Am 21. März gaben mehrere Zuschauer an, dass die Polizei nur zugeschaut und die Täter nicht daran gehindert hätte, Farkhondah zu ermorden. Daraufhin sprach sich der Innenminister vor der Presse für die Bestrafung der Täter aus, aber zu seinen untätigen Polizisten, sagte er nichts. Am 24. März sah ich dann auf Facebook einen Film, in dem bewaffnete Polizisten, um die auf dem Boden liegende Farkhondah laufen, um die Täter zu vertreiben, aber kurz danach lassen sie den brutalen und tödlichen Angriff auf Farkhondah zu. Erst am 22. März wurde bekannt, dass einige Personen, darunter auch Polizisten, verhaftet worden wären.

Farkhondah wurde am 22. März ausschließlich von Frauen zu Grabe getragen. Das ist einmalig in der afghanischen Geschichte. Diese mutigen Frauen haben „Mohammad Ayaz Nyazi“, den männlichen Geistlichen von Wazir Akbarkhan, des Wohnortes Farkhondahs, nicht erlaubt, am ihrem Grab zu predigen. Sie haben ihn buchstäblich verjagt. Nyazi, Senator Zalmay Zabuli und Zimin Ghazal Hasanzadah, Staatssekretärin des Informationsministeriums, hatten vor ihrer Ermordung gegen Farkhondah heftig polemisiert. Damit hatten sie propagandistisch die Bedingungen für das Verbrechen begünstigt. Eine Untersuchungskommission hat am 26. März die Unschuld Farkhondahs festgestellt.

Da die Anwendung von Gewalt zu einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen geworden ist, fühlen sich die Afghaninnen nirgends sicher. Die staatlichen Organe haben nur eine Zuschauerfunktion und verfolgen die Täter kaum oder gar nicht. Proteste der Frauenorganisationen werden mit Schmunzeln registriert. Auch der deutsche Botschafter in Kabul, Markus Potzel, sah sich veranlasst, am 10. März 2015 auf einer Veranstaltung in Kabul auf die miserable Lage - er nannte sie diplomatisch verbrämt „schwache Rolle der afghanischen Frauen“ in der Gesellschaft - hinzuweisen.

Auf diese Regierung ist kein Verlass

In der letzten Februarwoche 2015 gab es in der nördlich von Kabul gelegenen Provinz Pandjsher starke Schneestürme und Schneelawinen, dabei wurden bis zum 1. März zunächst 196 Tote und 100 Verletzte registriert. Wie viele Menschen unter den Schneemassen begraben wurden, weiß niemand. Komplette Dörfer waren weiter verschüttet, außerdem wurden am 1. März weitere Schneefälle vorausgesagt. Die Bewohner der Ortschaften riefen die Behörden zu Hilfe, um ihre verschütteten Angehörigen zu befreien bzw. die dort noch lebenden zu evakuieren. Passiert ist jedoch nichts. Die Menschen konnten sich nur gegenseitig helfen. Die Administration in Kabul hat eine dreitägige „Nationale Trauer“ verkündet und eine medienwirksame Trauershow organisiert. Der Chefadministrator Abdullah Abdullah hat auf einer Pressekonferenz von Hilfslieferungen, auch aus den Nachbarländern gesprochen. Wo die Hilfsgüter landen werden, weiß nur der liebe Gott. Zumindest werden sie nicht bei den Bedürftigen ankommen. Davon gehen die Afghanen nach den in vergangenen Jahren gemachten Erfahrungen aus. Auf diese Regierung ist kein Verlass, sagen die besorgten Menschen. „In Afghanistan muss man mindestens zehn Kinder haben. Denn, wenn zwei bei einem Selbstmordattentat, zwei bei einer Minenexplosion, zwei bei einer Überschwemmung und zwei bei einer Schneelawine ums Leben kommen, bleiben, wenn man Glück hat, noch zwei übrig“, sagte der Kabarettist Ibrahim Abed in der Tolo-TV-Sendung „Dialog“.

Nach dem Schneefall hatten Kabul und Umgebung täglich nur noch zwei Stunden Strom, weil die Hauptleitungen beschädigt wurden. Farsanah wohnt mit ihren drei Kindern ca. 15 km entfernt vom Zentrum der afghanischen Hauptstadt. Da sie ihr Zimmer mit Strom heizt, mussten sie und ihre Kinder nun frieren. Da der Winter in Kabul auch in diesem Jahr zu kalt war und die Gefahr bestand, dass ihre Kinder erfrieren könnten, musste sie deshalb einen Plastikkanister, den sog. „Boschka“, mit heißem Wasser füllen, den man unter eine Decke legt, um die sich dann alle sammeln. Am 9. März stellte ich fest, dass Farsanah schwer erkältet war. Sie war besorgt, dass ihre Kinder auch noch krank werden könnten. Ihr Zimmer war feucht und an der Decke reichlich Schimmel sichtbar. Als ich sie darauf ansprach, schaute sie mich mit traurigen Augen hilflos an, da sie nichts dagegen tun kann. Sie bekommt von mir jährlich eine

Spende, damit sie sich das Nötigste finanzieren kann. Ihr Mann Sabih ist ihr weg-gelaufen und hat sich noch eine weitere Frau „Basminah“ genommen. Er kümmert sich weder um Farsanah, noch um ihre gemeinsamen drei Kin-der, die in der Schule sehr schlecht sind. Sabih's Zweitehe ist auch nicht vom Glück gesegnet. Er prügelt Basminah öfters, sogar in Anwesenheit der Kinder, weil sie ihm widerspricht. Sabih kommt abends fast immer zu spät nach Hause. Wenn die Frau sich darüber beschwert bzw. nach dem Grund fragt, wird sie belogen, beschimpft oder geprügelt. Bei nächster Gelegenheit verschwindet die junge Frau mit ihren drei Kindern und ver-steckt sich bei ihrer Mutter in der Stadt Kabul. Da sie ohne Erlaubnis des Mannes das Haus verlässt, wird sie dann gründlich von ihrem Mann und dem Schwiegervater verprügelt. „Der Platz der Frau ist entweder das Haus ihres Mannes oder ihr Grab“, lautet ein afghanisches Sprichwort.

Die Bevölkerung der westafghanischen Provinz Herat hat wegen Strom-ausfalls mit einem unbegrenzten Streik begonnen. Solange die Strom-versorgung nicht normalisiert ist, wollen sie ihre Stromrechnungen nicht mehr zahlen, hat der Sprecher der Streikenden am 4. März angekündigt. Er sagte Tolo-TV: „Obwohl die Bewohner Herats die meisten Steuern bezahlen, kümmere sich die Regierung nicht um sie“.

Das Volk friert, die Regierung feiert

Vor einem Jahr, am 18. Hut 1392 [9. März 2014], ist der Warlord, Kriegs-verbrecher, Chef einer Entführungsindustrie, Räuber von staatlichem Grund und Boden, selbst ernannter Marschall und Islamist, erster Vize-präsident des CIA-Mannes und Kabuler Präsidenten Hamid Karzai, Mohammad Qasim Fahim, gestorben. Zum Jahrestag seines Todes, die Afghanen nennen ihm verächtlich „mordar schud“ (er ist versaut), hat die Kabuler Administration eine spektakuläre Gedenkfeier veranstaltet. Sie wurde von einer eigens dafür gebildeten Kommission vorbereitet. Fahim war Sicherheitschef und Rivale des berühmten und berüchtigten Nord-allianz-Kommandanten, Ahmad Schah Masud. Als Masud 2001 durch ein Attentat ums Leben kam, waren die politischen Beobachter am Hindukusch davon überzeugt, dass Fahim es geschehen ließ. Obwohl bekannt war, dass Masud gefährdet war, ließ Fahim den Täter, der sich als Journalist ausgab, nicht ausreichend kontrollieren. Nach Masuds Tod wurde Fahim sein Nachfolger. Hier fand die These ihre Bestätigung,

dass Fahim ein „Königsmörder“ sei. Was auf der Veranstaltung für Lobgesänge, sowohl durch Karsai als auch durch den amtierenden Präsidenten Ashraf Ghani verbreitet wurden, war kaum zu ertragen. Fahim sei „ein realistischer Politiker“ gewesen, so lautete Ashraf Ghanis Loblied und „eine jihadistische Figur“. Diese „Figuren“ werden in der Bevölkerung inzwischen nur noch verachtet.

Der Kampf um den Kopf des toten Kalbes

Zehntausende Mitarbeiter der sog. Unabhängigen Wahlkommission stehen jetzt auf einer schwarzen Liste. Ihnen wird vorgeworfen, bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2014 massiv an den Fälschungen beteiligt gewesen zu sein. Sie sollen aus der Kommission entlassen werden, wenn sie sich nicht glaubhaft verteidigen können, verkündete der Kommissionssprecher bei einer Pressekonferenz am 1. März 2015 in Kabul. Politische Beobachter in Kabul gehen davon aus, dass hier alte Rechnungen beglichen werden, um einige unliebsame Gegner los zu werden. Die Menschen in Afghanistan machen sich lustig darüber und sagen: „Der Kopf des toten Kalbes ist doch schon längst verteilt, was soll jetzt dieses billige Theater?“. „Die Menschen kämpfen ums Überleben, die vom Ausland eingesetzte politische Klasse macht nur noch Zirkus“, hörte ich von zahlreichen besorgten Gesprächspartnern. „Unserem Land fehlt es an Patrioten, die ‚Khareji‘ [Ausländer] dienen nur ihren Herrn und sind deren Interessensvertreter“, sagte mir einstimmig eine Gruppe von jungen Studenten, die ihre Namen nicht veröffentlicht sehen möchten. Sie waren so vorsichtig bzw. verängstigt, dass sie ihre Hochschule auch lieber unerwähnt ließen.

Bankrotte Kabuler Administration

Ahad ist Oberst der afghanischen Armee und an einer sensiblen Stelle am Flughafen Kabul eingesetzt. Sein monatlicher Sold beträgt 23 000 Afghani, das sind umgerechnet 400 US \$. Da am Hindukusch die Gehälter afghanisches, jedoch die Preise auf dem Basar amerikanisches Niveau haben, reicht das Gehalt von Ahad nicht für den täglichen Lebensunterhalt seiner siebenköpfigen Familie. Außerdem hat er seit drei Monaten überhaupt keinen Sold mehr bekommen. Er musste deshalb Schulden machen, um seine Familie über Wasser zu halten. Am 3. März 2015 teilte mir seine Frau mit, dass er heute seinen Sold bekommen hätte, aber nur für einen Monat. Seit die neue Regierung unter dem ehema-

ligen Weltbankmanager Ashraf Ghani in Kabul die Führung übernommen hat, ist sie nicht in der Lage, die Gehälter der Staatsbediensteten regelmäßig zu zahlen. Das macht natürlich den Präsidenten nicht glaubwürdiger, der im Wahlkampf vollmundig Gesetzlichkeit und eine neue Politik versprochen hatte. Darüber hinaus nimmt die Motivation der Staatsangestellten, vor allem der Sicherheitskräfte, rapide ab und die Korruption nimmt rasant zu. Der afghanische Staat ist ohne zuverlässige Sicherheitsorgane überhaupt nicht lebensfähig. Am 4. März 2015 meldeten, gestützt auf US-Quellen, afghanische Medien übereinstimmend, dass im Jahre 2014 insgesamt 15 000 Soldaten bei der Afghanischen National Armee entweder ihren Dienst quittiert oder sich einfach vom Dienst entfernt hätten. Niemand am Hindukusch wundert sich darüber. Die Menschen haben Verständnis dafür, da die Soldaten monatelang keinen Sold bekommen und nicht wissen, womit sie ihre Familien versorgen sollen.

Im Februar 2015 haben die kriegerischen Auseinandersetzungen im Vergleich zum Januar um 22 % zugenommen. Es ist in Afghanistan noch Winter. Wie wird es erst dann aussehen, wenn der Widerstand mit seiner Frühjahroffensive beginnt? Da die NATO seit Ende 2014 den Krieg afghanisiert hat, sind auch die Opfer auf beiden Seiten, ob von der Regierung oder vom Widerstand, nur noch Afghanen!

Statt sich um elementare Dinge zu kümmern, vergeudet die neue Administration in Kabul ihre Zeit mit kosmetischen Veränderungen. Es wurden 20 afghanische Botschafter, die durch Beziehungen zu ihrem Posten gekommen waren und keinerlei Qualifikation hatten, abberufen. Zum größten Teil hatten die Botschafter nicht einmal Abitur. Darunter befanden sich auch Familienmitglieder (ein Onkel) des ehemaligen Kabuler Präsidenten Hamid Karzai. Ob die neuen Botschafter besser sein werden, ist sehr unwahrscheinlich. Vierzig Prozent der afghanischen Botschafter, die abberufen wurden, kehrten nicht nach Afghanistan zurück.

Auch mehr als sechs Monate nach der Amtsübernahme von Ashraf Ghani ist das Kabinett immer noch nicht arbeitsfähig. Es fehlen 18 Minister, 31 Gouverneure, der Präsident der Zentralbank und 23 Botschafter, meldeten die afghanischen TV-Sender am 10. März 2015. Der Kampf um die Postenverteilung innerhalb der „Regierung der nationalen Einheit“, wie die Koalition von Ashraf Ghani und Abdullah genannt wird, ist

immer noch nicht zu Ende. Die Administration ist faktisch arbeitsunfähig. Auf der Plenarsitzung des Parlaments in Kabul stellte ein Abgeordneter am 16. März 2015 sogar fest, dass Afghanistan überhaupt keine Regierung hätte. Ein anderer sehr aufgeregter Parlamentarier forderte seine Kollegen dazu auf, keine Bestechungsgelder von den angehenden Ministern anzunehmen, die im Abgeordnetenhaus um Vertrauen bitten. Ansonsten würde er deren Namen öffentlich bekanntgeben. Die Unfähigkeit der Kabuler Administration kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass komplette Distriktverwaltungen fast vor den Toren Kabuls wie z.B. „Maidan-Wardag“ und „Tschake-Wardag“ geschlossen sind.

Die Wirtschaft leidet unter diesem politischen Vakuum. Die Investoren beschwerten sich, von den Banken keine Kredite zu bekommen. Die Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu. Wer kann, verlässt das Land, vor allem junge Menschen. Sie sehen für sich am Hindukusch keine Perspektive, obwohl sie zum größten Teil Hochschulabschluss haben. Auf meine Frage, ob sie sich vorstellen können, was sie im Ausland als Flüchtlinge erwartet, antworteten meine Gesprächspartner energisch: „Schlechter als hier würde es uns nicht gehen. Doch, es gibt interessante und lukrative Stellen, die wie auf dem Basar gehandelt werden. Wer am meisten Dollar bezahlt, bekommt den gewünschten Posten. Mein Bruder hätte schon längst verrentet werden sollen. Als er gut schmierte, wurde er zunächst Filialleiter seiner Bank und inzwischen sogar Generaldirektor“. Der Kabuler Präsident Ashraf Ghani hat Ahmad Zia Masud, den ehemaligen ersten Vizepräsidenten unter Hamid Karzai zu seinem Beauftragten für gute Regierungsführung ernannt. Masud ist in seiner Amtsperiode auf dem internationalen Flughafen in Dubai mit 50 Mio. \$ in seinem Koffer festgenommen worden. Daher eignet er sich so gut für sein neues Amt, wie der Bock zum Gärtner taugt.

Die Kriegsgewinnler gegen den Frieden

Die neue Regierung unter Ashraf Ghani beabsichtigt, die „Friedensverhandlungen“ mit den Taliban unter Berücksichtigung der strategischen Interessen Pakistans voranzutreiben. Die Warlords und andere Kriegsgewinnler meldeten sich sofort zu Wort und polemisierten gegen Pakistan und die Regierung in Kabul. Am 10. März 2015 erhoben Fazel Hadi Muslimyar, Präsident des Senats, der Warlord und amtierende Gouverneur, genannt „König von Balkh“, und der selbsternannte General Atta

Mohammad Noor sowie der ehemalige Kabuler Präsident Hamid Karzai und einige Parlamentarier den Anspruch, über die Verhandlungen vollständig informiert und sogar daran beteiligt zu werden. Schon am 8. März 2015 warnte der Warlord und Kriegsverbrecher mit guten Verbindungen zum internationalen Terrorismus, Abdul Raab Rasul Sayyaf, die Regierung vor Zugeständnissen an Pakistan. Ashraf Ghani betet das inzwischen nach. Ein eigenes Konzept hat er nicht. Da es so klar ist wie die Sonne, dass es ohne Pakistan niemals einen Frieden in Afghanistan, zumindest nicht mit den Taliban, geben kann, muss die politische Klasse am Hindukusch, wenn sie überhaupt Frieden will, eine Tatsache berücksichtigen: Ob es uns Afghanen gefällt oder nicht, Pakistan war, ist und bleibt eine Schlüsselfigur bei der Lösung bzw. Nichtlösung des Konfliktes in und um Afghanistan! Diese Realität muss sich jeder Politiker in Kabul hinter seine Ohren schreiben. Wer versucht uns vorzumachen, man könne den Afghanistan-Konflikt ohne Pakistan lösen, ist entweder naiv oder ein Betrüger.

Unsere Freunde, die Verbrecher

Die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ (HRW) wirft Nato-Verbündeten am Hindukusch, darunter auch Politikern und Amtsträgern, Verbrechen vor. Sie werden beschuldigt, Folter, Verstümmelungen und Morde begangen zu haben. Die Beschuldigten sind wichtige Nato-Verbündete, stellte HRW fest. Namen von acht hochrangigen Politikern und Amtsträgern werden in dem zwölfseitigen Bericht "Heute sollen wir alle sterben" der Menschenrechtsorganisation dokumentiert. Nach Angaben von HRW haben diese engsten Verbündeten der Nato-Truppen am Hindukusch schwere Menschenrechtsverletzungen begangen. Folgende Beispiele werden aufgeführt:

In der nordafghanischen Provinz Kunduz sollen die Milizen Zivilisten ermordet und illegal Steuern eingetrieben haben. Mir Alam, ein ehemaliger Extremisten-Anführer, soll dafür verantwortlich sein.

Der ehemalige Geheimdienstchef Asadullah Chalid, ein Parteifreund von Abdullah Abdullah und des Gouverneurs der Provinz Balkh, General Atta Mohammed Noor, wird beschuldigt, bei einer Reihe von Verbrechen wie Folter, Mord und Vergewaltigung von Frauen und Mädchen Beihilfe geleistet zu haben.

Der Gouverneur Atta Mohammed Noor soll ein Netzwerk von Milizen

unterhalten haben, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. HRW bezieht sich auf einen vertraulichen Nato-Bericht aus dem Jahr 2011. Wegen der Veröffentlichung des Berichtes von HRW attackierte dieser in seiner Rede zum afghanischen Neujahr am 21. März 2015 das Nachrichten Magazin „Spiegel“ sehr scharf.

Im Hauptgefängnis in der US-Besatzungszone Qandahar soll der Polizeichef Abdul Rasik, ein wichtiger Verbündeter der USA, Gefangene gefoltert haben. Dem Polizeichef wirft HRW außer Folter auch Verstümmelung und Tötungsdelikte vor.

Der Bericht basiert auf 125 Interviews, die die HRW-Mitarbeiter überwiegend in Afghanistan unter anderem mit Opfern, deren Familien, Zeugen, Regierungsvertretern, Journalisten, Menschenrechtlern, UNO-Mitarbeitern und afghanischen und internationalen Sicherheitskräften geführt hatten.

Für ihre Vergehen würden die Beschuldigten nicht bestraft, es gebe keine Ermittlungen, die Opfer würden keine Gerechtigkeit erfahren, kritisieren die HRW-Menschenrechtler. Der ehemalige Kabuler Präsident Hamid Karzai war weder gewillt noch in der Lage, die Täter vor Gericht zu bringen. Der derzeitige Präsident Aschraf Ghani wird nicht anders handeln. Die Entourage von Atta Mohammad Noor sammelt inzwischen Unterschriften zu seiner Entlastung. „Der Fuchs präsentiert seinen Schwanz als Zeuge“, besagt ein afghanisches Sprichwort.

Schmerzhaft, aber wahr

Am 30. März 2015 trat ich, körperlich und psychisch angeschlagen, meine Rückreise aus einer Region an, die geprägt ist durch Krieg, öffentliche und häusliche Gewalt, besonders gegen Frauen, Entführungen, politische Stagnation, ökonomische Krisen, Arbeitslosigkeit, Resignation und Hoffnungslosigkeit. Die gesamte Administration auf allen Ebenen ist durch und durch korrupt und verlogen. Die Mehrheit der Bevölkerung sehnt sich nach Frieden, der weiter entfernt ist denn je zuvor. Es gibt auch keinerlei Anzeichen dafür, dass sich an dieser Situation mittelfristig etwas ändern könnte. Zusammengenommen sind das die Faktoren, die die Menschen dort zermürben. Sie haben noch keine Kraft, gegen diese unerträgliche Situation aufzustehen. Aber irgendwann wird auch dort das Fass überlaufen.

Perspektivwechsel!?

Eine Herausforderung für die Kirche angesichts sich verschärfender gesellschaftlicher Krisen.

Die Fachkonferenzen Sozialpastoral und Theologische Orientierung im Dekanat Koblenz, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar e.V., pax christi Bstumsstelle Trier, Steg e.V. haben sich mit einer Broschüre zum Prozess der Synode im Bistum Trier gemeldet, die Antworten der Ortskirche für die gegenwärtige Situation geben möchte. Es wird der Blick auf die fundamentale gesellschaftliche Krise gerichtet und aufgezeigt, dass der angestrebte Perspektivwechsel tiefgreifend sein muss.

Mit Auszügen aus dieser Broschüre wollen wir diesen engagierten Beitrag zur Synode vorstellen, auf die dort vertretenen Positionen aufmerksam machen und zu weiteren Diskussionen anregen.

Aus dem Vorwort:

„Das im Blick auf die Synode formulierte Stichwort des „Perspektivenwechsels“ formuliert ein Anliegen, in dem diejenigen sich wiederfinden, die – angestoßen vom Apostolischen Schreiben „Evangelii gaudium“ – ermutigt wurden, sich kritisch mit Entwicklungen in der Kirche zu beschäftigen. Sie vermissen eine gesellschaftskritische Kirche, die sich an der Seite der Armen mit der Krise des Kapitalismus auseinandersetzt, der mit seinen Zerstörungspotentialen für die Armen schon zur Katastrophe geworden ist und den Globus weiter in Katastrophen treibt. Da ist es kein Zufall, dass gerade das Nein des Papstes „zu einer Wirtschaft, die tötet“, dazu ermutigt hat, mit dieser Broschüre interne Überlegungen auch anderen Interessierten zugänglich zu machen.“

„Zudem hat ein weiteres Nein des Papstes hellhörig gemacht: Das „Nein zur spirituellen Weltlichkeit“. Wir haben es vor dem Hintergrund von Entwicklungen gelesen, die darauf hinauslaufen, die Kirche ‚marktförmig‘ auszurichten. Dies reicht von der Zuflucht zu betriebswirtschaftlichem Denken in Kategorien der Organisationsentwicklung bis hin zur ‚Produktion‘ von religiös-spirituellen Angeboten, die sich der Nachfrage von ‚KundInnen‘ anpasst. Dagegen steht das Votum für eine Seelsorge, die das Leben von Menschen im Zusammenhang der gegenwärtigen Krise zu verstehen sucht und angesichts dieser

Situation die kritisch-befreiende Kraft des Evangeliums zur Geltung bringt.“

Die Synode in einer Predigt zur Tempelreinigung nach Joh 3,14-21

Wer die Opfer der heutigen Verhältnisse verleugnet, verrät den gekreuzigten Messias. Wer den Osterjubel anstimmt ohne den Schrei der Gekreuzigten und all der Gequälten hörbar zu machen, verleugnet Jesus. Woran orientiert sich unsere Kirche, die Synode des Bistums: an Erbaulichkeit und religiösem Erlebnis, an Strategien der Selbstbehauptung auf den Märkten religiöser Esoterik, an Angeboten, die unmittelbar religiöse Bedürfnisse befriedigen? Wie dies auch immer zu beurteilen sein mag, sicher ist: eine Kirche, die nicht die Opfer des Unrechts und der Gewalt kennt, kann den gekreuzigten Messias nicht kennen. Und sie hätte allen Grund, sich einmal kritisch mit den Strukturen unserer Gesellschaft auseinander zu setzen, die tagtäglich Tausende von Menschen verrecken lassen, ohne dass Krieg herrscht oder einzelne Täter auszumachen sind. Es ist die Gewalt der herrschenden Strukturen, die heute überall auf der Welt Menschen in ihren Lebenschancen beeinträchtigt, ihre Umwelt zerstört, ihnen notwendige Hilfe verweigert. Hierauf gilt es, das Augenmerk zu lenken, um im gekreuzigten Messias im Namen unseres Gottes Wege der Befreiung zu suchen und zu gehen, Ostern entgegen zu gehen.

Paul Freialdenhoven

In der Freude des Evangeliums: Aufstehen gegen Repression und Depression

- Der Papst wechselt die ‚Perspektiven‘ –

„Der Papst macht vor, wie ein ‚Perspektivenwechsel‘ geht. Er zeigt es in seinem Schreiben ‚Evangelii Gaudium‘. Für den im Bistum Trier bisher nur angesagten ‚Perspektivenwechsel‘ könnte es ein wichtiger Impuls sein, wenn, ja, wenn es von Haupt- und Ehrenamtlichen gelesen, diskutiert und als Orientierung für pastorale Praxis fruchtbar gemacht werden würde.

1.2 Die ‚Option für die Armen‘

Mit dem Blick auf die Kehrseite der modernen Welt ist die ‚Option für die Armen‘ verbunden. Sie beinhaltet die bewusste Entscheidung, Welt und

Geschichte aus der Perspektive ihrer Kehrseite, also aus dem Blickwinkel der Armen, zu sehen. Die Perspektive wechselt: Im Blick stehen nicht mehr einfach die SiegerInnen und die Erfolgreichen, sondern vor allem die VerliererInnen, die Armen und all die Opfer von Unrecht und Gewalt. Dieser Perspektivenwechsel folgt nicht nur einem moralischen Gebot, sondern ist auch theologisch begründet. Entsprechend sagt Papst Franziskus: „Die ‚Option für die Armen‘ ist in erster Linie eine theologische Kategorie.“(198). Er begründet dies mit der grundlegenden Gotteserfahrung Israels im Zusammenhang der Befreiung aus Ägypten. Hier offenbart sich Gott dem Mose als ein Gott, zu dessen ‚Wesen‘ es gehört, die Schreie der Armen zu hören. Er kennt ihr Leid, er erkennt, dass es seinen Ursprung in der Herrschaft Ägyptens hat und will die Versklavten befreien.

Der lateinische Begriff für Barmherzigkeit – misericordia – kann uns etwas genauer verdeutlichen, worum es geht. Wörtlich meint er ein offenes Herz für die Armen, d.h. ein Herz, das empfindsam ist für die Schreie aus Unrecht und Gewalt. Diese theologische, d.h. im Mysterium Gottes selbst begründete Dimension ist so zentral, dass Franziskus formuliert:

„Die ... Schönheit des Evangeliums kann von uns nicht immer angemessen zum Ausdruck gebracht werden, doch es gibt ein Zeichen, das niemals fehlen darf: die Option für die Letzten, für die, welche die Gesellschaft aussondert und wegwirft.“ (195)

Dieses Zitat kündigt schon an, wohin die theologisch begriffene Option für die Armen führt: zur kritischen Auseinandersetzung mit einer Gesellschaft, die strukturell ungerecht ist, weil sie Menschen „aussondert und wegwirft“. Die Empfindsamkeit – man könnte auch sagen die Compassion, die Mitleidenschaftlichkeit – für die Letzten gibt zu denken. Sie führt zur kritischen Reflexion von Verhältnissen, in denen sich heute die Strukturen Ägyptens, des Sklavenhauses, widerspiegeln. Die Erkenntnis Gottes ist nicht möglich ohne die Erkenntnis des Unrechts, an dem sich die Forderung nach Gerechtigkeit entzündet. Dem Armen und Schwachen zum Recht verhelfen – so heißt es bei Jeremia – „heißt nicht das, mich wirklich erkennen?“ (Jer 22,16)

Entsprechend der theologisch begriffenen ‚Option für die Armen‘ heißt es in ‚Evangelii Gaudium‘:

- hören wir „gemeinsam mit Gott ... einen Schrei“ (187)
 - „darf sich niemand von der Sorge um die Armen und um die soziale Gerechtigkeit freigestellt fühlen“ (201)
 - ist „der ganze Weg unserer Erlösung... von den Armen geprägt“ (197).
- Vor diesem Hintergrund sind theologische Erkenntnis und die Erkenntnis der Strukturen von Unrecht und Gewalt zwei Seiten derselben Medaille. Wenn die Rede von Gott von der Erkenntnis von Unrecht und Gewalt nicht zu trennen ist, dann provoziert sie immer auch die Unterscheidung zwischen Gott und Götzen, zwischen dem Gott des Lebens und tödlichen Strukturen von Unrecht und Gewalt. Der Gott des Lebens tritt in einen Gegensatz zu Verhältnissen, die Reichtum und Macht, Markt und Staat zu Götzen machen. In diesen Verhältnissen ist das Leben von Menschen von diesen Götzen abhängig. Sie sollen sich ihnen unterwerfen und immer wieder für die Anhäufung von Reichtum und Macht Opfer bringen. Auch da zeigt sich ein ‚Perspektivenwechsel‘: Grenzen werden nicht mehr zwischen Theisten und Atheisten gezogen. Entscheidend ist, ob Menschen sich Götzen unterwerfen, die Leben zerstören. Gegenüber den Götzen, d.h. gegenüber gesellschaftlichen Fetischverhältnissen, müssen diejenigen, die an den Gott des Lebens glauben, zu Atheisten werden – ähnlich wie die ChristInnen im Römischen Reich sich dem Kaiserkult verweigerten und ‚Gottlose‘ genannt wurden.

3.1 Päpstlich inspirierte Rückfragen an die Synode

Die Beobachtungen und Analysen des Papstes gehen weit über das hinaus, was in der Synode des Bistums Trier diskutiert wird. Die Zustände, die Franziskus beschreibt, lassen sich nicht mehr mit dem Etikett ‚Soziale Marktwirtschaft‘ beschwichtigen und beruhigen. Schon gar nicht wird ihnen die Frage gerecht, die Bischof Ackermann der Sachkommission Diakonie mit auf den Weg gegeben hatte, nämlich zu klären, welche Rolle die Diakonie angesichts eines ‚Wohlfahrtsstaates‘ noch spiele, der in seine Aufgaben wesentliche Inhalte christlicher Diakonie integriert habe. Hier wird bereits auf der Ebene der Phänomene ignoriert, dass – nicht zuletzt durch die Hartz IV-Gesetzgebung – der ‚Wohlfahrtsstaat‘ abgebaut und der ‚Arbeitsstaat‘ aufgerüstet wurde, dass die neoliberale Orientierung, die dabei ‚Pate steht‘ wesentlich zur sozialen Spaltung und zur Traumatisierung derer beiträgt, die nicht über hinreichend bezahlte und sichere Arbeit einen Platz in der Gesellschaft finden. Ignoriert werden ebenso die Absturzängste der Mittelschichten,

die sich – gerade in der Mitte der Gesellschaft – mit rechtsextremem Gedankengut amalgamieren. Nicht zur Kenntnis genommen wird der Narzissmus in der Oberschicht, der sich hermetisch gegenüber dem Unglück der anderen abschottet und mitten in der Krise mit Größenwahn einhergeht.

In den ersten Texten aus der Synode wurde immerhin die Individualisierung als „Zeichen der Zeit“ dingfest gemacht. Daraus wurde dann aber für die Pastoral gefolgert, sie müsse sich an den individuellen Bedürfnissen von Menschen orientieren. Nicht reflektiert wird, dass die Prozesse der Individualisierung über die Zwänge des Arbeitsmarktes vermittelt sind. Der Zwang, das eigene Humankapital zwecks Verwertung auf den Arbeitsmarkt zu tragen, treibt in individuelle Strategien der Selbstvermarktung. Unter den Gesetzen von Mobilität und Flexibilität lösen sich soziale Zusammenhänge auf. Damit ist es noch nicht genug. Um den Arbeitsplatz zu erhalten, sind Menschen gezwungen, sich immer neuen Strategien der Selbstoptimierung zu unterwerfen. Individualisierung ist keinesfalls einfach Zugewinn an Freiheit und Spaß in einer postmodernen Vielheits- und Eventgesellschaft.

Eine Pastoral, die sich in ihren „Strategiebereichen“ vor allem an betriebswirtschaftlich geprägten Organisationsentwicklungsprogrammen orientiert, deren ‚Erst- und Letztbegründungen‘ aus systemtheoretischen Glaubenssätzen abgeleitet werden, muss gegenüber all den Problemen, die Papst Franziskus zu einem ‚Perspektivenwechsel‘ führen, blind bleiben. Wenn diese StrategInnen – in gleicher Ignoranz gegenüber gesellschaftskritischer wie theologischer Reflexion – als ProzessplanerInnen der Synode agieren, ist ‚systemisch‘ vorprogrammiert, dass Inhalte entsorgt werden. Inhalte stören Prozesse und Systeme. Entsorgt wird letztlich das ‚subversive Gedächtnis‘, das den Traditionen des Glaubens innewohnt und die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse ebenso wie die Kirche, die sich in ihnen einrichtet, herausfordert.

Angesprochen auf die Feindlichkeit gegenüber theologischen ebenso wie gegenüber gesellschaftskritischen Inhalten verweisen StrategInnen gerne darauf, dass biblische und theologische Inhalte ja immer schon vorausgesetzt sind. In der Tat, sie sind so weit und tief davor und darunter gesetzt, dass sie faktisch keine Rolle spielen und der kirchliche Betrieb munter, unirritiert und verblüffungsfest funktionieren bzw. nicht

mehr funktionieren kann und ins Leere läuft – in die Leere der eigenen Nicht-Inhalte ebenso wie in die Leere einer Gesellschaft, die sich dem abstrakten und letztlich (inhalts-)leeren Prinzip der rein quantitativen Vermehrung von Geld unterworfen hat. So ist die Kirche voll auf der Höhe der Zeit: In ihrer inhaltlichen Leere spiegelt sich die (metaphysische) Leere der kapitalistischen Krisengesellschaft, die – gleichsam auf der Titanic dem Spaß, der Buntheit und individueller Vielheit frönend – buchstäblich einer vernichtenden Leere entgegentaumelt und das gar noch für einen Fortschritt an Freiheit und Vielheit hält. Heribert Böttcher

Kreuzweg

Es folgt ein Abschnitt aus einem diesjährigen Kreuzweg in Koblenz. Der Text kann gleichzeitig als Konkretisierung des Perspektivenwechsels zur Synode gelesen und verstanden werden.

Jesus stirbt

Mk 15,33-39

„Mein Gott mein Gott, warum hast du mich verlassen...“ (V. 34). Jesus stirbt mit einem Gebet auf den Lippen. Markus erzählt, dass Jesus immer wieder gebetet hat. Er tut es an einem „einsamen Ort“. Wörtlich wäre zu übersetzen: an einem „wüsten Ort“. Mit diesem Begriff spielt Markus auf den verwüsteten Ort an, den der Krieg der Römer in Jüdäa hinterlassen hat, vor allem auf die Verwüstung Jerusalems und des Tempels. Damit war der Ort, wo Gott inmitten seines Volkes wohnen sollte, zerstört. Gott hat keinen Platz mehr in der Welt. Gottes Volk war von seinem Gott verlassen. Diese Katastrophe hat den Messianern die Sprache verschlagen. Israel war nicht neu aufgerichtet, sondern am Boden zerstört worden. Anstatt des Reiches Gottes kamen die Römer mit ihrem das Land und den Tempel vernichtenden Krieg. Alles vollmundige und heilsgewisse Reden verstummt.

An Orten der Verwüstung sucht das Gebet nach einer Sprache angesichts der Katastrophen. In ihm findet die Erfahrung, von Gott verlassen zu sein, einen Ausdruck. Aus der Erfahrung der Ferne Gottes fragt das Gebet nach Gott und seiner Gerechtigkeit. Es schreit die Frage nach Gott hinaus. Es artikuliert das Vermissen Gottes und seines Reiches. Im Gebet drücken sich Fragen und Zweifel aus: Warum

schweigt Gott? Geht aller Schrei nach Gott ins Leere? Steht am Ende nur die Leere der Vernichtung der Welt und des Lebens von Menschen?

Pause - Psalm 22

Die Leere des Krisenkapitalismus zeigt sich nicht nur im Nahen Osten oder Afrika. Die alltägliche Gewalt im Konkurrenzkampf der Armen um Brosamen und das schiere Überleben tobt in gewalttätigen Auseinandersetzungen auch in Zentralamerika. Viele setzen krisenbedingt auf Gewalt, da ihnen mit wegbrechenden Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt der Sinn ihres Daseins scheinbar verlorengeht.

Auch bei den sogenannten Maras in den zentralamerikanischen Ländern El Salvador, Guatemala und Honduras wird die Eskalation der Gewalt sichtbar. Es sind Männerbünde, die nach innen die totale Unterwerfung und nach außen den totalen Krieg leben, der sogar mit Abschlachtungen und Folter von Kindern einhergeht. Eine gewisse Ähnlichkeit zeigt sich hier zu IS und Co im Nahen und Mittleren Osten. Diese Banden meist sehr junger Männer, die sich wegen des Elends dem Drogen- und Waffenschmuggels oder der Schutzgelderpressung zugewandt haben, stammen ursprünglich aus Kalifornien. Dort sind sie als Jugendbanden in den 1980ern entstanden. Nachdem ab den 1990er Jahren die in den USA die Strafgesetze für Drogen- und Waffenschmuggel verschärft worden waren, sind Mitglieder der Banden regelrecht in die kriegsverwüsteten, ökonomisch darniederliegenden und brutalisierten Länder Zentralamerikas deportiert worden. Von hier sorgen sie nun dafür, dass der Schmuggel in die USA funktioniert. So leben sie von einer der letzten kapitalistischen Geldquellen in dieser Region, auch wenn es eine illegale und im wahrsten Sinne des Wortes terroristische ist.

Eine Folge von Krise und Gewalt ist es, dass gerade Minderjährige versuchen, aus Zentralamerika zu fliehen, um nicht in die Fänge der Maras zu gelangen. Die USA – analog zur EU – schließt aber ihren Grenzzaun immer dichter und hat nur wenig Erbarmen mit den zehntausenden Kindern, die „illegal“ über die Grenze kommen oder davor stehen bleiben müssen. Die Gewalt der Maras ist auch ein Erbe der schmutzigen Kriege der USA in Zentralamerika, in denen linke Regierungen im Zuge des Kalten Krieges erbittert bekämpft wurden. Oscar Romero, ehemaliger Erzbischof von San Salvador, fiel ebenfalls dieser Gewalt 1980 zum Opfer, als er am Altar von rechten Todes-

schwadronen erschossen wurde. Nach etlichen Jahrzehnten wird er nun auch von der Amtskirche als Märtyrer anerkannt und am 23. Mai selig gesprochen. Für ihn war das entscheidend, was auch Jesu Leben und Sterben ausmacht: an der Seite der Armen zu stehen und den Tod bringenden Götzen zu widersagen.

Am Sonntag, dem 23. März, hält Romero seine letzte Predigt in der Kathedrale. In einem dramatischen Appell fordert er die Soldaten auf, die Angehörigen ihres eigenen Volkes nicht zu töten: "Ihr seid Teil unseres Volkes. Ihr tötet in den Camepesinos eure eigenen Brüder und Schwestern. Aber über jedem Tötungsbefehl, den ein Mensch erteilen kann, steht Gottes Gesetz, welches lautet: Du sollst nicht töten! Kein Soldat ist dazu gezwungen, einem Befehl zu gehorchen, der dem göttlichen Gesetz widerspricht. Niemand muss ein unmoralisches Gesetz erfüllen. Es ist Zeit, dass ihr eure Gewissen wieder gebraucht und euren Gewissen wieder folgt, nicht den Befehlen zur Sünde." Und an die Regierung gewandt: "Wir wünschen, dass die Regierung ernstlich begreife, dass Reformen wertlos sind, wenn sie mit so viel Blut befleckt sind. Im Namen Gottes und im Namen dieses leidenden Volkes, dessen Klagen von Tag zu Tag ungestümer zum Himmel steigen, bitte ich euch flehe ich euch an, befehle ich euch in Gottes Namen: Hört auf mit der Unterdrückung!"

Einen Tag später fallen die Todesschüsse.

Pause - Psalm 142

„Wer Götzen angreift, stirbt durch Götzen.“ So hatte der Theologe Jon Sobrino das Leben Romeros zusammengefasst. So kann auch Jesu Leben zusammengefasst werden. Er hatte Dämonen ausgetrieben und sich darin gegen die Götzen des römischen Imperiums und ebenso gegen den „ganzen Hohen Rat“ gestellt. In seiner Kumpanei mit Rom hat er sich selbst und Israels Gott verraten. Uns so war aus dem Tempel eine Räuberhöhle geworden. Ihren Betrieb hatte Jesus mit der sog. Tempelreinigung lahm gelegt und sein Vorgehen mit dem Hinweis gerechtfertigt: „Mein Haus soll ein Haus des Gebetes für alle Völker sein.“ (Mk 11,17)

Mk 11,19-25

Markus ringt mit dem Schicksal des Tempels. Auch aus ihm ist ein „wüster Ort“, ein Ort der Verwüstung geworden. Die Gesellschaft, für die

er steht, ist in dem Feigenbaum symbolisiert. Sie bringt keine Frucht. Musste es denn so kommen, dass der Berg Zion im Meer des Krieges versinkt? Entspricht das dem Glauben Israels? Markus scheint Zweifel daran zu haben. Gibt es Hoffnung, dass der Feigenbaum wieder blüht, wenn der Sommer nahe kommt und der Menschensohn im Kommen ist (vgl. Mk 13,28ff)? Jedenfalls gilt es angesichts der Katastrophe wachsam zu sein und sich neu auszurichten.

Ausdruck dafür ist das Gebet. Auch am Ort der Verwüstung verstummt es nicht. Es sucht vielmehr eine Sprache, Gott und die Verwüstung zusammen zu bringen. Ein zur Räuberhöhle verkommener Tempel taugt nicht zum Gebet, ebenso wenig können in ihm Opfer dargebracht werden, die Ausdruck der Versöhnung und damit eines Neuanfangs sind.

Ort des Gebets wird die messianische Gemeinde. Auch sie betet: „Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen?“ (Ps 22,2) Das Gebet wird zum Ausdruck des Vermissens Gottes und der Erfahrung von Gott verlassen zu sein. Wenn diese Erfahrung im Gebet Gott gesagt wird, also in Gott einen Adressaten sucht, wird die Katastrophe nicht als das letzte Wort akzeptiert. Dann kann dennoch all das möglich und wirklich werden, wofür der Name von Israels Gott steht: dass er sich als Retter und Befreier erweise. Dann kann auch gelten: „Alles, worum ihr betet und bittet – glaubt nur, dass ihr es schon erhalten habt, dann wird es euch auch zuteil.“ (V 24)

Im Gebet findet die Weigerung, sich ... mit einer verwüsteten Welt abzufinden, ihren schärfsten Ausdruck. Es weigert sich, die Verwüstung und die Ferne Gottes als letztes Wort hinzunehmen. Deshalb sucht das Gebet mit seinen Zweifeln Gott selbst und hält darin die Frage nach Rettung und Befreiung offen. Die(se) Weigerung ... macht widerständig und sucht nach einem neuen Anfang. Markus sieht auch ihn in der messianischen Gemeinde: Nachdem der Tempel keine Versöhnung und so keinen Neuanfang schenken kann, kann dies aber in der messianischen Gemeinde geschehen. Inmitten der Verwüstung wird zu einem Ort, an dem die Verfehlungen vergeben werden und ein neuer Anfang gesucht werden kann. Sie sieht ihn im Weg des gekreuzigten Messias, dem Weg der Unterscheidung zwischen Gott und Götzen, dem Gott des Lebens und den Götzen des Todes. Dies gilt auch dann, wenn die Götzen zurückgeschlagen und dieser Weg zum Kreuz führt.